

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten
Tagen und Witten wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 85. • 62. Jahrgang.

Im April nistet das junge Bärchen, meist in der Nähe des

aus ihrem Kreise solche Mitglieder in die Deputation zu wählen, die den Anträgen der Lehrer und dem Wunsch des Zentrums freundlich gegenüberstehen.

Heute wählt sie die vier Stadtverordneten, die sie in die Schuldeputation schicken darf. Die Wahlperiode währt sechs Jahre. Gegenwärtig gehören der Deputation als Stadtverordnete Dr. Dyckerhoff, Justizrat v. Ed. Klärner und Müller an; Sanitätsrat Dr. Proebsting, ebenfalls Stadtverordneter, ist in seiner Eigenschaft als Arzt als Mitglied der Deputation ernannt worden. Von den vier heute zu wählenden Herren ist natürlich Herr v. Ed. dem Zentrum äußerst ungeneigt; es möchte ihn seiner „antikatolischen Intoleranz“ wegen, die „der Grundlage der Simultanschule widerspricht“, aus der Deputation ausgeschlossen wissen, und man darf erwarten, daß die Zentrumsfraktion des Stadtparlamentes heute einen dementsprechenden Antrag einbringen wird. Der Wahlschluß wird allerdings die Wiederwahl der vier bewährten Herren beantragen, und es ist nicht zweifelhaft, daß sie erfolgen wird. Denn das Märchen von der Knechtung der katholischen Religion wird dem Zentrum kein Mensch abnehmen, der nicht seinen ganz einseitigen Standpunkt teilt. Daß aber Herr v. Ed. „antikatolisch intolerant“ ist, das ist eine Folgerung, die allein das Zentrum aus der bekannten Äußerung v. Eds zieht.

Da es in einem hingehört, wendet sich das Zentrumsblatt auch gleich gegen die Mitgliedschaft des Sanitätsrats Dr. Proebsting, der, wie gesagt, nicht von der Stadtverordneten-Versammlung, sondern vom Magistrat in die Schuldeputation gewählt worden ist. Warum? Der Grund ist äußerst seltsam; Herr Proebsting ist Vorsitzender des „Vereins für Feuerbestattung“, die Feuerbestattung aber ist nicht durch die christliche Sitte geheiligt! Die katholische Kirche sieht die Verweigerung der Sakramente als Strafe auf die Feuerbestattung und der evangelische Oberkirchenrat ist ihr nach wie vor ebenfalls gänzlich abgeneigt. Deshalb eignet sich Herr Sanitätsrat Dr. Proebsting nicht für die Wiesbadener Schuldeputation! Bemerket diese Logik nicht ein?

Wir hegen den stillen Verdacht, daß das Zentrumsorgan bei alledem ein bißchen noch der Königl. Regierung schielt, die als Aufsichtsbehörde sowohl die in die Schuldeputation gewählten Stadtverordneten als auch die ihr angehörenden, im Erziehungs- und Volksschulwesen kundigen Personen zu bestätigen hat. Wahrscheinlich hat es die stille Hoffnung, daß die Regierung sich ins Mittel legt, wenn zunächst die Stadtverordneten-Versammlung und später die acht aus dem Kreise des Stadtparlamentes und des Magistrats gewählten Mitglieder der Schuldeputation verjagt werden.

— Die Demminthorischen Kistenurnen. Frau v. Konarski, Mitglied des Gesamtkomitees des Deutschen Schriftstellerverbands, schreibt uns: „Veranlaßt durch die verschiedenen Mitteilungen über die Kistenurnen des Ehepaars August Demmin, habe ich heute in meiner Eigenschaft als Kurator des Demminthor durch Herrn Maurermeister Emmel das Kopfstück des Gedenksteins abheben lassen und hierbei festgestellt, daß sich die Urnen wohlgeborgen im Innern des Gedenksteins befinden. Bei dem Verlauf eines Teils des Demminthorgrundstücks, der durchaus notwendig wurde, um unser Schriftsteller-Erholungsheim auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage stellen zu können, ließ es sich nicht vermeiden, daß der bisherige Standort des Gedenksteins in die verkaufte Fläche fiel. Der Gedenkstein mußte daher auf das dem Deutschen Schriftstellerverband verbliebene Grundstück verlegt werden und hat nun seinen neuen Platz in einer besonders dazu geeigneten schönen Parkanlage gefunden. Überdies wird dem Andenken des hochherzigen StifTERS durch eine entsprechende gärtnerische Ausschmückung des neuen Standorts Rechnung getragen werden.“

— Alpha. Aus Viehhäbberkreisen der schönen Viehbildkunst ist die Anregung zur Abhaltung einer allgemeinen photographischen Ausstellung in Wiesbaden ergangen. Der Arbeitsausschuß, der diese Anregung aufgenommen hat, konnte schon bei den ersten Organisationsarbeiten eine begeisterte Zustimmung aus nah und fern wahrnehmen. Wenn anfänglich nur an eine kleine Ausstellung im Rahmen der nächsten Umgebung Wiesbadens gedacht war, so brachte das große Interesse, das vom ersten Anfang an für die geplante Ausstellung bezeugt wurde, es mit sich, daß nur eine allgemeine photographische Ausstellung in Frage kam, die aus allen Teilen des großen deutschen Vaterlandes und darüber hinaus beschickt werden kann und das ganze Gebiet der Viehbildkunst umfassen soll. Durch eine sachgemäße Einteilung in verschiedene Abteilungen und Klassen soll in der Alpha sowohl dem Viehhäbber wie dem Berufsphotographen Gelegenheit geboten werden, sich mit den Erzeugnissen seiner Kunst zu betätigen. Um die Vorfälle und Sehenswürdigkeiten unserer Weltstadt und die noch zu wenig bekannten Naturschönheiten des Taunus und der angrenzenden Regionen im Bild einseitlich zu veranschaulichen und dadurch das Interesse des Reize- und Naturfreundes für unser engeres Vaterland zu fördern, werden für Wiesbaden und Umgebung besondere Gruppen gebildet. Aus den allgemeinen Bestimmungen heben wir hervor, daß die Ausstellung Landschaften und Städtebilder, Sport- und Genrebilder, Portraits, wissenschaftliche Photographie und photographische Industrie umfassen wird. In den ersten drei Abteilungen werden Viehhäbberphotographie und Berufsphotographie unterschieden. Als Preise sind Medaillen, Plaketten und Ehrenplakette vorgesehen. Eine Verbandsmedaille des Verbands deutscher Amateurphotographenvereine und ein Ehrenpreis des Vereins zur Förderung der Amateurphotographie in Wiesbaden sind bereits zugesagt. Der letzte Meldetermin für die Beteiligung ist der 30. Juni 1914. Alle eingesandten Bilder und Ausstellungsgegenstände unterliegen dem Urteil der Aufnahmecommission in Bezug auf ihre Zulässigkeit und Zuteilung. Als Ausstellungszeit ist der September vorgezogen. Dem Ehrenausschuß gehören u. a. an die Herren Regierungsrat Dr. v. Reiter und Oberbürgermeister Bläffing. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses ist Herr Direktor Kesseling.

— Ein neuer Beruf. Durch die Beschlüsse der kürzlich beendeten Londoner Sicherheitskonferenz erfolgt voraussichtlich eine starke Ausdehnung der drahtlosen Telegraphie auf deutschen Dampfern. Die Bedienung der Stationen wird bekanntlich durch besonders vorgebildetes Personal — die Vorditelegraphisten — wahrgenommen. Zur Ausübung des Dienstes als Vorditelegraphist wird die Reichsangehörigkeit sowie der Besitz eines Zeugnisses über die staatliche Prüfung als Vorditelegraphist vorausgesetzt. Die erforderlichen Vorkenntnisse zur Ablegung der Prüfung werden auf der hierfür besonders eingerichteten Schule für Vorditelegraphisten in Bremerhaven erworben. Sprachgewandte jungen Leuten

mit guter Schulbildung und technischem Verständnis bietet sich Gelegenheit, durch Vermehrung der Stationen, bald eine auskömmliche Stellung zu erlangen. Die durchschnittliche Dauer des Kurses beträgt 4 bis 5 Monate. Auskunft erteilt die Deutsche Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. in Berlin SW., Tempelhofer Ufer 9.

— General der Infanterie v. Hoefner, à la suite des zweiten Seebataillons, ist hier angekommen und in der Königl. Wilhelmshausen absteigend.

— Immobilien-Versteigerung. Die zweite Hypothek bei dem am vergangenen Montag zur gerichtlichen Versteigerung gelangten Anwesen Wückerstraße 36 belief sich auf 25 000 M., nicht auf 90 000 M.

Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultusgemeinde. (Synagoge: Michaelsberg.) Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Freitag: abends 5.45 Uhr, Sabbat: morgens 9 Uhr, nachmittags Jugengottesdienst mit Predigt 3 Uhr, abends 6.40 Uhr. Gottesdienst im Gemeindefaal: Wochentage: morgens 7.15 Uhr, abends 5.45 Uhr. Die Gemeindefaal ist geöffnet Sonntagvormittag von 11 bis 12 Uhr und Dienstagnachmittag von 6 bis 8 Uhr.

11. Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge Friedbrichstraße 33. Freitag: abends 5.30 Uhr, Sabbat: morgens 8.15 Uhr, Predigt 10.15 Uhr, Jugengottesdienst nachmittags 2.15 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 6.40 Uhr. Wochentage: morgens 7 Uhr, abends 5.15 Uhr.

Talmud Thorä-Berein Wiesbaden. Retsstraße 16. Sabbat-Eingang: 5.30 Uhr, morgens 8.20 Uhr, Muskat 9.30 Uhr, Mincha 5.30 Uhr, Ausgang 6.40 Uhr. Wochentags: morgens 7.15 Uhr, Mincha und Schur 5.30 Uhr, Maariv 6.45 Uhr.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Reibens-Theater. Der nächste Samstag bringt, der Faschingsstimmung entsprechend, zunächst eine Faschingszene aus der Feder von Julius Mosenthal, hieran schließt sich die erstmalige Aufführung des neuen Schwanke „Der ungeheure Eselsturz“ von Hans Sturm. Das überaus lustige Stück, das bereits bei der ersten Aufführung in Leipzig, Königsberg und Bonn durchschlagenden Erfolg erzielt, erobert sich tatsächlich im Sturm die Bühne durch seine deutschen Situationen und durch treffend gezeichnete Charaktere, so daß er bereits mehrfach das Publikum der 25. Aufführung feiern konnte. Das lustige Werk und die Faschingszene werden am Sonntagabend wiederholt, Sonntagnachmittag wird Kurt Kraus' beliebter Schwanke „Hochgeborn“ zu halben Preisen gegeben.

* Kurtheater. Am kommenden Mittwoch, abends 8 Uhr, findet eine interessante Aufführung statt: ein lustiger Schwanke „Höhenrausch“ betitelt. Als Autoren zeichnen zwei bekannte Wiesbadener Herren: der Kgl. Hofkapellmeister Walter Kollin und Philipp Dörner. Es finden nur drei Aufführungen der Komödie statt, und zwar Mittwoch, Donnerstag und Freitag.

* Wiesbadener Künstler auswärts. Zu dem am 15. Febr. stattgehabten Familienabend des Wiesbadener Künstler-Vereins berichtet die „Wiesbadener Tagespost“: Der Verein hatte aus erprobte Solisten ausgesogen. Frau Luise Bang (Mezzo-Sopran) aus Wiesbaden, als wohlgeachtete und feinfühliges Sängerin bekannt, sang zunächst „Waldesrausch“ von Schumann und erzielte mit diesem empfindungsreichen Vortrag eine tiefe Wirkung. Aber auch die übrigen von ihr gesungenen Lieder: „Er ist's“ (Schumann), „Verborgene Arbeit“ (Hugo Wolf), „Am Brunnen“ (Max Reger) gaben ihr Gelegenheit, die Gesangsleistungsfähigkeit und Kraft ihrer Stimmkraft zu betätigen. Sie fand stürmischen Beifall, der sie zu einer Zugabe veranlaßte.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Die Vorbereitungen zum Maskenball des Männergesangsvereins „Concordia“, welcher Faschingsmontag im Kasino stattfindet, sind ihrem Abschluß nahe. Die einzelnen Rollen aus dem Festspiel befinden sich in separaten Händen und dem Besucher stehen genutzliche Stunden in Aussicht.

* Der Männergesangsverein „Silda“, e. V., veranstaltet Faschingsdienstag, abends 8 Uhr 11 Min., im Turnheim, Retsmühlstraße 26, seinen diesjährigen Maskenball. Außer den freiesten Besuchern und in einflussreicher Weise getauchten Gästen sind als besondere Gäste eingeladen, die Lustigsten und witzigsten, deren unwürdige Bemühungen bei einigen Maskenball-Besuchern die Befürchtung des Ausstiegs bald bezeugen lassen, für Sportfreizeit: eine eiserne, 5 Kilometer lange, furchtbare Modellbahn, ein Café in echt orientalischem Stil, Gläser, Schenke, Schieß- und Beschützer. Zwei Anwesen spielen zum Tanze auf.

* Am 10. Februar fand eine recht gut besuchte Jahresversammlung der „Hotel- und Gastwirts-Vereinigung“ im Restaurant „Wälder Bierhalle“ statt. Der 1. Vorsitzende, Innungsoberrichter Emil Born, begrüßte die Anwesenden und gedachte der im Jahre 1913 durch den Tod abgegangenen Mitglieder in ehrender Weise. Eine erneute Eingabe an die Kgl. Eisenbahndirektion wegen besserer Entlohnung der Hotelbedienten beim Bahnhofsdienst wurde eingehend besprochen und deren Beschleunigung empfohlen. 17 neue Mitglieder wurden einstimmig aufgenommen. Der Obermeister erbatte den Jahresbericht, der von der Versammlung genehmigt wurde. Der Kassensbericht, durch Herrn Wetterling vorgetragen, fand einstimmige Genehmigung. Die Einnahmen im ersten Geschäftsjahr betragen 672 M., die Ausgaben 689.21 M., so daß ein Überschuss von 32.70 M. verbleibt. Dem Kassierer wurde Entlohnung erteilt. Die Neuwahl für die Leitungsgewalt ausstehenden Vorstandsmitglieder, und zwar die Herren Frei, Krug, Wetterling und Ehr. Klein, ergab die einstimmige Wiederwahl der Herren Frei, Krug und Wetterling. An Stelle des Herrn Klein, der sein Amt freiwillig niederlegte, wurde Herr Heinrich Kemmer in den Vorstand gewählt. Sämtliche Herren nahmen die Wahl an. Die „Hotel- und Gastwirts-Vereinigung Wiesbaden“, die am 12. Juni 1913 von 147 Mitgliedern gegründet wurde, konnte am Schluß des Jahres auf einen Mitgliederbestand von 258 zählen. Durch den enormen Zuwachs der Innung ist denn auch die Zahl der Kantinenmitglieder sehr bedeutend gestiegen, und haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer die wirtschaftlichen Vorteile der Kasse empfunden. Eine Anzahl Eingaben an die Behörden zum Wohle und Besten des Hotel- und Gastwirtsstandes beabsichtigt im allgemeinen durch Vereinen über Jura.

* Die diesmonatliche Vorstandssitzung des „Kriegerverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden“ fand am Mittwoch, den 11. d. M., unter dem Vorstehe des Herrn Oberst a. D. von Dettin im „Hotel Borg“ statt. Von den auswärtigen Verbänden waren vertreten Frankfurt a. M., Oberhausen und Wiesbaden-Land. Angemeldet haben sich die Vereine Niederreithen, Kreis Ulfingen, Kirsburg, Kreis Oberkassel, Verein ehemal. Kämpfer, Kreis Wannen, Frankfurt a. M., und Kreisverein Höchst a. M. Als Termin für den Abgeordnetenrat 1914 in Gießen ist der 24. Mai in Aussicht genommen, falls der Kreisverband Rheingau keine Einwendungen gegen diesen Zeitpunkt zu machen hat. Die Lebensversicherungsanstalt und die Kasse des Bundes hat in einzelnen Provinzen Geschäftsstellen eingerichtet. Für die Regierungsbezirke Wiesbaden, Kassel, Koblentz und Trier ist eine solche Geschäftsstelle in Frankfurt a. M. zeitweilig eingerichtet, die dort Oberleutnant a. D. Mahe unterstellt. Auf verschiedene Anfragen hat der Deutsche Kriegerverband mitgeteilt, daß infolge der Vergrößerung ab 1. Januar 1914 für Unterhaltungsbedürfnisse 24 M. pro Kopf verwendet werden. Die Erhöhung soll hauptsächlich dazu dienen, daß beim Einzelunterhaltungsbedürfnisse der Soldaten darauf geachtet wird, daß in besonders dringenden Fällen wirksame und durchgreifende Hilfe gebracht werden kann. Die Vermittlung der Gefallenen von Kriegermuseen seitens der Truppenkörper für verfallene Veteranen hat durch die Kreisverbände zu erfolgen. Die Vereinen werden auf die Barole vom 4. Februar d. J., betreffend

die Bestimmungen über Beauftragung kostenfreier Babekuren für Veteranen, hingewiesen und ihnen gegebenenfalls zur Nachachtung empfohlen.

* Die „Allgemeine Kranken- und Sterbehilfskassen zu Wiesbaden“ (früher Allgemeiner Krankenverein) hielt ihre erste Mitgliederversammlung am Samstag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Hof“ ab. Der wichtige Tagesordnung halber war die Versammlung gut besucht. Der seitiger 2. Vorsitzende Herr Joh. Proebsting berichtete ausführlich über das vergangene Geschäftsjahr, welches durch die Umwandlung der Kasse für den Vorstand ein sehr arbeitsreiches war, und gedachte des kürzlich verstorbenen 1. Vorsitzenden Herrn D. Kaiser in warmen Worten. Die neuen Statuten waren den Mitgliedern so weit wie möglich ausgestellt. Aus dem Kassensbericht war zu ersehen, daß der Verein im letzten Jahre 1900 M. Überschuss erzielt und das Vermögen heute über 24 000 M. beträgt. Der Verein kann deshalb mit aller Zuversicht der Zukunft entgegensehen. Bei der durch die Umwandlung bedingten Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde der seitiger 2. Vorsitzende Herr Joh. Proebsting mit großer Majorität zum 1. Vorsitzenden gewählt. Zum 2. Vorsitzenden wurde Herr Bauer, zum Kassierer Herr H. Korn, zum 1. Schriftführer Herr H. Steinmeyer und zum 2. Schriftführer Herr H. Schud gewählt. Beisitzer wurden die Herren Weßling, Leber, Schlotter und Wilmann. Ersatzleute für den Vorstand die Herren Rauh und Thiel. Als Rechnungsprüfer wurden die Herren Reir, Hillesheimer und Rauch ernannt und als Ersatz die Herren Fasjan und Edl. In das Schiedsgericht wurden die Herren Edl. H. Müll und Müller berufen. Nach der neuen Satzung sind die Mitglieder in zwei Klassen eingeteilt. Eine 1. Klasse für nichtversicherungspflichtige Mitglieder, welchen freie Rat- und Apothekerkosten sowie 2 M. wöchentliches Krankengeld und 50 M. Sterbegeld gewährt werden bei 3.50 M. Monatsbeitrag. Die der 2. Klasse angehörenden versicherungspflichtigen Mitglieder erhalten bei 2.50 M. Monatsbeitrag nur 2 M. wöchentliches Krankengeld und 50 M. Sterbegeld.

Vereinsvorträge.

Der gefällige Abend des „Frauenklubs“ am Samstag vermittelte die Bekanntheit einer hiesigen Dichterin, Frau R. S. W. Sie kann sich getrost den schon vorher im Klub bekannten literarischen Talenten zur Seite stellen. Frau W. trug das Ihre dazu bei, den „Vereinen“ einen gefälligen „Führer“ sowohl wie der legendenartigen Dichtung „Madonna im Walde“ zur schönsten Wirkung zu verhelfen. Es ist immer zu sagen, was mehr fesselt, erstere pochten durch die naturwahrer Schilderung der Kriegsszene, letztere durch die vorzügliche Stimmungsmalerei. Frau W. trug dann noch Scherzgedichte vor, die ebenfalls reichsten Beifall auslösten, so daß sie mit einer Zugabe: „Der verurteilte Opferstock“, das schon von der literarischen Gesellschaft aus bekannte Kindergeheimnis von Gustav Wolff, dankte. Den gefälligen Teil bestritt Marianne Baum, welche mit ihrer sympathischen, vorzüglich gekulten Stimme namentlich mit Gounods „Serenade“ und Gounods „Berceuse“ die Jodelin, von Frau W. mit reichem Geleit und von Frau W. Kompter schmeichelt, am dem Publikum beglückte, einen vollen Erfolg erlangt. Frau W. Kompter, eine angehende Klaviervirtuosin, spielte Händels „Adagio“ und Griegs „An den Frühling“ mit geläufiger Technik und schönem Vortrag. Allen Mitwirkenden wurde reichlicher Applaus gesendet. (Ohne Gewähr.)

Vereinsfeste. (Nahme frei bis zu 20 Jellen.)

* Der Männergesangsverein „Silda“ hielt am vergangenen Samstag im großen Saale der „Turngesellschaft“ seinen diesjährigen Maskenball, der einen vorzüglichen Verlauf nahm. Der Besuch war ein äußerst starker, so daß die großen Räume der „Turngesellschaft“ kaum ausreichten, die froh gestimmte Menge zu fassen. Die Lebhaftigkeit und der Reiz des farbenprächtigen Bildes wurden wesentlich durch die große Anzahl schöner Masken gehoben, die einzeln und in Gruppen recht originell vertreten waren. Ganz besondere Freude taten die Darbietungen der Schülplattenerbeitung des „Bauernvereins 1908“ hervor. Erst in der frühesten Morgenstunde trennte man sich, im Bewußtsein, einige vergnügliche Stunden verbracht zu haben.

Aus dem Landkreise Wiesbaden.

we. Schierstein, 10. Febr. Heute hat man damit begonnen, die Eisdecke auf unserem Hafen zu sprengen, um den Schiffen die Einfahrt wieder zu ermöglichen. — Hw. Bei überfülltem Haus fand am letzten Sonntag in der Turnhalle die diesjährige landesweite Sitzung der Turngemeinde statt. Den Mittelpunkt bot das Eröffnungsfeier, welches das Leben und Treiben am Strandab zeigte und in welchem Prinz Karl von Preußen, von einem Schwarm gezogen, in einem Kahn eintraf und weise Besprechungen befuhrte. Auch die übrigen Programmpunkte wurden gleichgültig gelöst und ein flotter Ball beschloß die Veranstaltung. — An den bevorstehenden Faschingsabenden finden hier nicht weniger als fünf Maskenbälle statt. Der erste, veranstaltet vom Männergesangsverein, findet am Samstag im „Deutschen Kaiser“ statt. Am Sonntag folgen die Turngemeinde in der Turnhalle und das Rheinbäderische Quartier mit einem Preismaskenball im „Tivoli“. Dortselbst findet auch am Dienstag der Hofmaskenball des Gesangsvereins „Singerlust“ statt, während der Gesangsverein „Eintracht“ den seinen am gleichen Tage in der Turnhalle abhält.

88 Erbenheim, 18. Febr. Einem in unserer Gemeinde längst gefühlten Bedürfnisse scheint nun endlich Rechnung getragen zu werden. Es handelt sich um Errichtung einer Kleinkinderschule, die nach der künftigen Anmeldezahl als geschätzt zu betrachten ist. Haben sich doch 73 noch nicht schulpflichtige Kinder bereit gefunden, diese Anzahl zu betreten. Da schon eine geeignete Kinderkrippe vorhanden ist, so kann die Errichtung wohl am 1. März d. J. erfolgen. Hoffen wir, daß die unterstehenden Hände unserer Einwohner nicht müde werden, auch diesem Werke zum gedeihlichen Fortgang zu verhelfen, namentlich durch Anwendung von Geldmitteln. — Auf Grund des § 21 des Gesetzes vom 28. August 1905, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, können die Herren Schneidermeister Heinrich Krog, Rindermeister Karl Schöder und Schneidermeister Wilhelm Petri zum Amte eines Sachverständigen ausgesogen werden. — In der mit Anfang Februar d. J. beginnenden und mit Juni d. J. endigenden Deckperiode sind die Deckstunden für die Kasse, Bekäler für die Monate Februar, März und April auf 8 bis 10 Uhr und 11 bis 12 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags, für Mai und Juni auf 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr und 11 bis 12 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt. An Sonn- und Feiertagen wird nicht gearbeitet. An Deckgeld sind vor der ersten Deckung 8.50 M. zu erlegen.

st. Aistadt, 19. Febr. Die Familie Lind, von der erst kürzlich ein Unfall gemeldet wurde, hat einen neuen Unglücksfall erlitten. Der 9 Jahre alte Sohn derselben geriet im Dunkeln in einen Stadelbrand, der um ein Grundstück gezogen war, und trug eine schwere Augenverletzung davon. Glücklicherweise kann sein Augenlicht, das als verloren galt, gerettet werden.

Nassauische Nachrichten.

* Seidenbahn, 18. Febr. Einen schönen Erfolg erzielte der hiesige Turnverein mit seinem gefälligen Konzert, dessen erster Teil der Jugendpflege gewidmet war. Der geräumige Saal der Wälder Wirtschaft war bis auf den letzten Platz von aufmerksamen Zuhörern besetzt. Zunächst sprach Frau W. Kompter einen zu Herzen gehenden Vortrag „An Deutschlands Jugend“, dem sich das lebende Bild „Abstieg von der Heimat“ anschloß. Das Mitglied des Vereins Herr Leber, der die Fremdenlegion, insbesondere betonte er dabei, daß 1/4 der Legion aus angeworbenen Deutschen bestanden, und entwickelte am Ende von Weipfeden ein Bild über mancherlei rühmliche Mittel, die angewandt werden, um abnormale Leute zur Unterfertigung des Verfallenscheines zu bewegen; dann schloß er die Reiben und Qualen der Rege-

näre. Zum Schluß erwähnte er die jungen Leute, stets der Worte Schillers zu gedenken: „Uns Vaterland, aus teure, schließ dich an, das halte fest mit ganzem Herzen!“ Reicher Beifall lobte die Ausführungen des Redners. Es folgte dann ein Solobortrag des Vorstehers Herrn Aug. Jäger: „Der Fremdenlegionär“ ein Märchen aus Deutschlands Sagen, der mit großer Innigkeit vorgetragen wurde. Diesen Darbietungen schloß sich dann das dreifache Schauspiel „Die Fremdenlegion“ von Felix Reuter an. Sämtliche Mitwirkende entledigten sich ihrer Aufgabe aufs Beste und muß man dem kleinen Landverein Anerkennung zollen, daß er seine Aufgabe, im Sinne der Jugendpflege zu wirken, in solcher Weise zu lösen sucht. Der zum Schluß des Fests und mit großem Verständnis gespielten Stücke gezeigte Beifall war wohlverdient. Der zweite Teil des Programms war mehr humoristischer Inhalts und auch diese Darbietungen wurden in vollkommener Weise zu Gehör gebracht. Der Verein beabsichtigt, das Theaterstück „Der Fremdenlegionär“ nächsten Sonntag in Wambach aufzuführen.

Gerichtssaal.

Hinter den Kulissen des russischen Mädchenhandels.

S. u. H. Deuthen (O.-S.), 16. Febr. Vor der hiesigen Strafkammer wird zurzeit gegen einen gewissen Samuel Lubelski aus Ryslowitz ein Prozeß geführt wegen verführerischen und gewerbsmäßigen Mädchenhandels, ferner wegen Vergehens gegen das Auswanderergesetz und schließlich wegen verführerischer Beamtenbestechung, die der Angeklagte sich dem Polizeiwachmeister Seile und dem Gendarmenwachmeister Banel gegenüber schuldig gemacht haben soll. Lubelski, ein Mann von 45 Jahren, war ursprünglich Gastwirt in einem russisch-polnischen Rest. Dort lernte er die Einträglichkeit des Schmuggelgeschäfts kennen, merkte aber bald, daß der Menschenhandel einen noch reicheren Gewinn abwerfe. Als der Vorsitzende der Strafkammer den Angeklagten bei seiner Vernehmung in die Enge trieb, mußte er zugeben, daß sein Einkommen zuletzt mindestens 40000 M. pro Jahr betragen habe, obgleich er sehr bescheiden in Ryslowitz in einem kleinen Hotel wohnte und seinen Lebensunterhalt so wenig kostspielig wie nur möglich gestaltete. Lubelski war von der russischen Regierung wegen Mädchenhandels bereits nach Sibirien deportiert worden, es gelang ihm aber, nach dreijähriger Ausenstanz in Archangelst zu entfliehen, und er wanderte nach Österreich. Jedoch auch dort wurde er ebenfalls wegen Mädchenhandels bald ausgewiesen und nahm vor etwa drei Jahren seinen Wohnsitz in Ryslowitz. Die Anklage wegen des vollendeten Mädchenhandels stützt sich hauptsächlich auf Indizien. Diese Indizien sind Beziehungen Lubelskis zu überführten Mädchenhändlern, wie es z. B. auch sein Bruder war, zu einem gewissen Angelfreier, ferner aber der Umstand, daß er und seine Angehörigen in Begleitung junger, aus Rußland stammender Mädchen verkehrten. Einen Stich ins Sensationelle erhält die Angelegenheit dadurch, daß der polnische Abgeordnete Korfanty in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses die Behauptung aufstellte, daß sowohl der Regierungspräsident als auch der Leiter der Polizei in Ryslowitz hätten wissen müssen, daß Lubelski ein gefährlicher Mädchenhändler war, andernfalls seien die Beamten eben nicht in der Lage, ihr Amt voll und ganz auszuführen. Der polnische Abgeordnete warf die ironische Frage auf, ob Lubelskis Spionagedienste in Rußland zugunsten Deutschlands vielleicht so viel wert waren, daß man von einer Ausweisung abließ. Der als Zeuge vernommene Gendarmenwachmeister Banel gab zu, daß er sich etwa fünfmal von Lubelski hat freilassen lassen, als er bei gelegentlichen Revisionen in die Gastwirtschaft von Cohn in Ryslowitz, wo der Angeklagte zuletzt gewohnt habe, gekommen sei. Diese Revisionen bei Cohn, dessen Lokal eben nicht gut beleumundet gewesen sei, hätten nicht Lubelski, sondern anderen Persönlichkeiten gegolten, die unter dem Verdacht des Mädchenhandels standen. Gegen Lubelski habe nicht der geringste Verdacht vorgelegen. Wädhlich meldet sich ein Zeuge Salemba während der Aussage des Wachmeisters zum Wort und bezeugt, daß in Ryslowitz die Ansicht geherrscht habe, Lubelski treibe in Rußland zugunsten Deutschlands Spionage und geniesse deshalb weitgehenden Schutz. Vielfach sieht sich das Gericht genötigt, wegen Gefährdung der Staatssicherheit bei Besprechung dieser Punkte die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Verhandlung gegen den raffinierten Mädchenhändler schreitet nur langsam fort. Ein Kronzeuge namens Oleg Goldberg hat sich den weiteren Verhandlungen entzogen. Der bereits erwähnte Zeuge, Polizeibeamter Galenda aus Ryslowitz, sagte folgendes aus: Er müsse jetzt, nachdem ihn ein gewisser Weichmann vor Gericht in seiner Beamtenbeziehung kompromittiert habe, Internat aus der Polizeiverwaltung Ryslowitz an das Tageslicht bringen. Schon vor Jahren habe Weichmann den Ryslowitzer Polizeibeamten Weihnachtsgratifikationen gegeben, er selbst habe eine solche vor etwa 10 Jahren in Höhe von 25 M. von Weichmann für den Strafbesuch bekommen. Als er Meldung erstattete, habe ihm Polizeioberinspektor Kraenzel gesagt, Salemba, seien Sie doch nicht so dumm. Weichmann gibt seine Zuwendungen an Polizeibeamte im allgemeinen zu, behauptet aber, dafür keine Gefälligkeiten beanspruchen zu haben. Abgesehen wurde ein vorher vernommener Zeuge, Getreidespediteur Witowski, unter dem Verdacht des Meineids verhaftet. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Lubelski eine Gesamtstrafe von 6 1/2 Jahren Gefängnis, 12000 M. Geldstrafe, eventuell weitere 800 Tage Gefängnis, sowie 5 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Das Urteil.

Der Angeklagte wurde wegen Verstoßes gegen das Auswanderergesetz, Mädchenhandels und Beamtenbestechung zu 9 Jahren Zuchthaus und 12000 M. Geldstrafe, bezw. 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus verurteilt. Ferner wurde auf 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Der Mülhausener Massenmörder Wagner.

hd. Stuttgart, 19. Febr. Im „Staatsanzeiger“ wird heute die Öffentlichkeit über die Begründung des Gerichtsbeschlusses, wonach der Massenmörder Wagner dauernd in einer Irrenanstalt interniert wird, aufgeklärt. Was die Beweggründe der Tat Wagners anbelangt, so habe dieser sich seit einem im März 1901 in Mülhausen begangenen Sittlichkeitsvergehen dauernd Vorwürfe gemacht. Er sei immer und immer der Ansicht gewesen, die Leute hielten sich über ihn auf. So sei dann nach und nach der Entschluß in ihm gereift, sich das Leben zu nehmen und sich gleichzeitig an den Mülhausener zu rächen. Seit 1901 habe Wagner stündlich seine Verhaftung erwartet, und nach seiner Hochzeit habe er stets einen Revolver bei sich getragen. Es ist jedoch festgelegt worden, daß von der Verhaftung Wagners niemand eine Ahnung gehabt hat. Die Sachverständigen kamen in voller

Übereinstimmung zu dem Ergebnis, daß sich Wagner ohne alle Zweifel seit jener Zeit im Zustand der Geistesverwirrung und Störung der Geistestätigkeit befunden habe, so daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Der Mörder konnte also nicht vor ein Schwurgericht gestellt werden; die Behörde mußte ihn vielmehr als schwer geistkranken Menschen einer Irrenanstalt überweisen.

FC. Fahrradmörder usw. Der Hausbursche Johann Hirzmaier aus Bayern soll im Juli 1913 drei Fahrräder von der Straße weg gestohlen haben. Hirzmaier, der die Räder im Besitz und in Viehtrieb verkauft hatte, will sie von dem großen Unbekannten zum Verkauf erhalten haben. Aber auch auf anderem Gebiet betätigte sich der Angeklagte. So stahl er in einer Wäscherei in einem unbewachten Augenblick eine goldene Damenuhr, während er aus seinem Logis eines schönen Tages verduftete unter Mitnahme von Kleidungs- und Wäschestücken eines Kollegen. Wegen dieser Diebstähle und der Hehlerei bei den Rädern verurteilte die Wiesbadener Strafkammer den Hirzmaier zu 2 Jahren Gefängnis, in welche 10 Monate von Mannheim eingerechnet sind.

FC. Ein ungetreuer Knecht. Der Tagelöhner Alexander Hoog war im Januar d. J. bei dem Landwirt Heinrich Stemmler in Breckenheim als Knecht tätig. Als der Brotherr dem Knecht auf Neujahr einen guten Anzug ließ, verduftete Hoog mit 7 M. in der Tasche des geliehenen Anzugs, die ebenfalls seinem Dienstherrn waren. Natürlich kam er nicht wieder; von der Strafkammer in Wiesbaden mußte er sich daher wegen Untreue verurteilen lassen. Da es nicht das erste Mal war, daß er in dieser oder ähnlicher Weise mit dem Strafgesetz in Konflikt geriet, wurde auf 7 Monate Gefängnis erkannt.

Die Zentrums- und die Lourdes-„Wunder“. Die in Traunstein erscheinende ultramontane „Oberbayerische Landeszeitung“ veröffentlichte im Juli einen aus der kirchlichen Zeitschrift „Das Stapulier“ übernommenen Bericht über eine angebliche Wunderheilung in Lourdes. Darnach wäre am 7. Mai 1913 eine ungarische Ordensschwester Rosamunde, die seit mehreren Jahren an tuberkulösem Beinleiden an der Wirtelsäule und an Genick-Wirbelsfraß litt und zwei Jahre bettlägerig war, nach zehntägiger Anwesenheit in Lourdes vollständig geheilt worden. Dr. Amici, der Leibarzt des Papstes, und der frühere behandelnde Arzt, Privatdozent Dr. Bafay in Budapest, hätten ebenso wie das ärztliche Konstatierungsbureau in Lourdes die Wunderheilung anerkannt. Der Münchener druck. Arzt Dr. Aigner, der bekannte Gegner des Lourdes-Übergläubens, ergriff die Redaktion des Traunsteiner Zentrumsblattes, die falsche Darstellung dieser angeblichen Wunderheilung richtigzustellen, indem er sich insbesondere auf die ihm zugegangene Darstellung Dr. Bafays berief. In der sich nun entwickelnden Korrespondenz ergriff die Redaktion um Überlassung einer Abschrift des Bafayschen Berichts. Dr. Aigner lehnte das mit der Begründung ab, daß Dr. Bafay ihm den Bericht in kollegial-vertraulicher Weise geschickt habe, stellte aber gleichzeitig einen zur Veröffentlichung bestimmten neuen Bericht von Dr. Bafay zur Verfügung. Das Zentrumsblatt wartete diesen Bericht nicht ab, sondern brachte in seiner Nummer 229 vom 3. Oktober d. J. unter der Überschrift: „Eine Aignerade“ einen Artikel, in dem es das Verleumdungsverfahren Dr. Aigners als Unvorsichtigkeit bezeichnete. Dr. Aigner stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. Konrad Adlmaier Verleumdungsantrag, über die am Dienstag Verhandlung stattfand. In der Verhandlung wurden neben der Korrespondenz zwischen den Parteien auch die Berichte Dr. Bafays und Dr. Amici verlesen. Dr. Amici fand den Bericht der Zeitung mit den Schilderungen der Schwester Rosamunde übereinstimmend und kam zu dem Schluß, wenn die Schilderungen der Schwester der Wahrheit entsprächen, d. h. wenn sie wirklich krank nach Lourdes kam, so liege eine Wunderheilung vor. Dagegen teilte Dr. Bafay mit, die Schwester habe tatsächlich an den erwähnten Erkrankungen gelitten. Er habe ihr Korsette mit Kopfstützen gegeben und durch das jahrelange Tragen dieses Apparats habe sich ihr Zustand bedeutend gebessert. Er finde im vorliegenden Fall eine sehr begründete Erscheinung, d. h. die natürlichen Folgen einer zielbewussten ärztlichen Behandlung, keineswegs aber eine Wunderheilung, denn diese hätten sich bereits vor der Lourdesreise erreicht gewesen. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Beklagten Dr. Adlmaier zu 50 M. Geldstrafe, eventuell 5 Jahren Gefängnis und zur Kostentragung; dem Kläger wurde das Recht zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Beklagten in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und in der „Oberbayerischen Landeszeitung“ veröffentlicht zu lassen. Die Urteilsbegründung stellte fest, daß Dr. Aigner in der ganzen Angelegenheit durchaus einwandfrei gehandelt hat, so daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe vollkommen unbegründet waren.

hd. Angereicherter Beamte. Greifswald, 19. Febr. Die hiesige Strafkammer verurteilte den hiesigen Steuererheber Johann Strenger wegen Unterschlagung von 17900 M. zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und den mitangeklagten Steuererheber Karl Teis wegen Veruntreuung von 1300 M. zu 4 Monaten Gefängnis. Beide waren leidenschaftliche Spieler.

M. Erlaubte Selbsthilfe. Frankfurt a. M., 18. Febr. Die hiesige Strafkammer hatte sich heute in einem Strafprozeß gegen einen organisierten Freizeiter mit der Frage zu befassen, ob ein Verstoß gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung vorliege, wenn an die organisierten Arbeiter die Aufforderung seitens der Verbandsleitung ergehe, diejenigen Gewerkschaften zu meiden, die die Tarifforderungen nicht erfüllen, denn Vorkaufbruch werde gleich Streikbruch angesehen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da der Ausschluß aus der Organisation erlaubt sei und daher auch die Androhung mit dem Ausschluß aus der Organisation gestattet sein müsse. Es handle sich um kein Kampfmittel, das unter § 153 der Gewerbeordnung falle, sondern gehöre zu den Mitteln, die nach § 152 zur Ausübung des Koalitionsrechts zulässig seien.

M. Frankfurt a. M., 17. Febr. Vor der Strafkammer wird sich demnächst ein größerer Wucherprozeß abspielen, der sich gegen den früheren Gerichtsaktuar Tadmann richtet. Tadmann war zuletzt in Wiesbaden als Aktuar tätig, wurde dann aber entlassen und etablierte sich vor längerer Zeit in Frankfurt. Vor einigen Wochen erfolgte seine Verhaftung, nachdem er die Zeugen zu Beeinflussung versucht hätte. Nachdem nämlich die Zeugen von der Behörde im Vorverfahren vernommen worden waren, bestellte Tadmann sie zu sich und ließ sich von ihnen schriftlich geben, daß sie nichts Befragendes wüßten. Diese Aussagen schickte er unfrankweise der Staatsanwaltschaft ein, die nun schleunigst die Verhaftung anordnete.

Sport und Spiel.

* Pferderennen zu Autenail, 19. Febr. Prix Roule. 3000 Fr. 1. Jean Dour (Lospinase), 2. Mont Boan, 3. Bagabon. 16:10; 11. 18:10. — Prix de Baccarat. 5000 Fr. 1. A. Weil-Bicard Prince Christian (Barfremont), 2. Calenda, 3. Sida 2. 18:10; 11. 16:10. — Prix Bougie. 10000 Fr. 1. Jean Dour (Lospinase), 2. Beau Rivage 2 (Lospinase), 3. Zenith 2, 3. Calzonette. 85:10; 12. 12:10. — Prix Recruit. 4000 Fr. 1. S. Ricards de Schlohe (Sead), 2. Verdigail, 3. Chaterbox. 56:10; 22. 13:10. — Prix Silber-Smith. 4000 Fr. 1. Ch. Ricards Beni Mered (Dobegrove), 2. Urbaine, 3. Tonelle 2. 30:10; 12. 11:10. — Prix Sauveteur. 4000 Fr. 1. E. Duffouris Ilurior (S. Williams), 2. Conserit, 3. Annibal 7. 65:10; 21. 21:10.

sr. Die Delegiertenversammlung des Internationalen Lawn-Tennisverbands (Federation Internationale de Lawn-Tennis) wird am 27. und 28. Februar in Paris abgehalten. Es liegen zahlreiche Anträge aus Deutschland, Italien, Frankreich, Amerika und der Schweiz vor. Deutschland beantragt u. a. die Weltmeisterschaften 1916 im Hinblick auf die Olympiade in Berlin ausfallen zu lassen. Ferner stellt Australien den berechtigten Antrag, bei den Weltmeisterschaften die sogenannte Herausforderungsrunde fallen zu lassen, so daß der Verteidiger des Titels, ebenso wie alle anderen Teilnehmer, Vor-, Zwischen- und Endrunde bestreiten muß. Die Schweiz wünscht, daß denjenigen Spielern, die sich ohne genügenden Grund von einer Konkurrenz zurückziehen, auf einen Preis in diesem Wettbewerb keinen Anspruch haben sollen. Durch diese Maßnahme soll der Unstille vorgebeugt werden, daß manche Spieler in der Endrunde dem Gegner den Sieg lamplos überlassen, in der Hoffnung, daß sich dieser Sieger in einer anderen Konkurrenz in der gleichen Weise revanchiert.

sr. Der erfolgreiche englische Fußballspieler. Das 60. repräsentative Spiel für England absolvierte kürzlich der englische Fußballspieler Woodward, der als erfolgreichster Spieler gelten kann. Er vertrat England bisher sowohl in Amateur- wie in Professionskämpfen sechsmal gegen Irland, fünfmal gegen Wales und Schottland und je dreimal gegen Österreich, Ungarn und Südafrika und einmal gegen Böhmen. 1908 und 1912 gehörte Woodward auch zu der englischen Olympia-Mannschaft.

Neues aus aller Welt.

Schneesturm im Schwarzwald. Karlsruhe, 19. Febr. Seit gestern abend herrscht im Schwarzwald starker Schneesturm. In den höheren Lagen beträgt die Temperatur minus 7 Grad. Die Schneehöhe ist durchschnittlich 10 Zentimeter.

Das Drama von Eberfeld. Düsseldorf, 19. Febr. Die Düsseldorf-Abendblätter berichten, daß die in der Zeitung „Eberfeld“ in der Ausgabe vom 18. Februar erscheinende und sich dann der Staatsanwaltschaft stellte ist 18 Jahre alt. Sie ist mit einem Düsseldorf-Abendblatt verknüpft, der den Affektor Rettelbach wegen Verleumdung seiner Frau vor das Landgericht gebracht hatte. Rettelbach fuhr nach Eberfeld, um sich, wie sie sagte, vor den Augen Rettelbachs das Leben zu nehmen. Durch die wachsenden und aufs neue besorgniserregenden Äußerungen des Affektors kam sie in die größte Verzweiflung. Es kam nach ihrer Darstellung zu einem Streit, in dessen Verlauf der Revolver, den sie in der Hand hielt, sich von selbst entzündete und den Affektor traf. Ihre anfängliche Absicht, über die holländische Grenze zu entfliehen, gab sie auf, da sie sich selbst schuldlos fühlte. Das Verhältnis mit dem Düsseldorf-Abendblatt war infolge der üblen Nachrede des Affektors Rettelbach vor einiger Zeit von dem Präsidium gelöst worden. Nachdem sich der Affektor jedoch von der Schuldlosigkeit seiner Frau überzeugt hatte, war das Verhältnis erneuert worden. Rettelbach ist eine in der Düsseldorf-Gesellschaft bekannte Erscheinung.

Verhängnisvolles Spiel mit Streichhölzern. Graz, 19. Febr. In Bladerberg in Südtirol spielten fünf unbeschäftigte Kinder in einer Kammer mit Streichhölzern. Es entstand ein Brand und alle fünf Kinder sind erstickt.

Deutscher Reichstag.

Justiz- und Marineetat.

S. Berlin, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Nachdem der Fall der Witwe Hamm aus Flandersbach schon vor 14 Tagen das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt hatte, wird heute auch der Reichstag zum Tribunal. Dem Wunsch des Staatssekretärs entsprechend, befreiten sich die Redner aus dem Hause durchweg der größten Mäßigung; um so stärker war der Eindruck, daß ganz abgesehen von dem Spezialfall, eine Reform des Wiederaufnahmeverfahrens dringend notwendig erscheint, desto allgemeiner die Frage, wie die Witwe Hamm überhaupt verurteilt, wie einem Wiederaufnahmeverfahren gegen sie so starker Widerstand entgegengebracht werden konnte. Der Sozialdemokrat Dittmann erzählte in aller Breite noch einmal die Geschichte der Mordtat von Flandersbach, wegen der die Witwe Hamm im Jahre 1908 zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Er stellte aber vor allem fest, daß der ganze Indizienbeweis auf den Ermittlungen des Kriminalkommissars v. Treschow 2. Berlin ruhte, gegen den sowohl der sozialdemokratische wie der folgende Redner ein geradezu niederdrückendes Material beibrachte. So erfuhr man bei dieser Gelegenheit, daß das Verleumdungsinstitut von Männern und Frauen zur Ermittlung von Ehebrüchen, von dem vor einigen Monaten der Abgeordnete Erzberger sprach, identisch ist mit dem Privatdetektiv-Institut, das Herr v. Treschow nach seinem, anscheinend nicht ganz freiwilligen Ausscheiden aus dem Amte in Berlin eingerichtet hat. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer erzählte weiter, daß derselbe Herr von Treschow eine Dame bezichtigt hat, ihren in den Dolomiten zu Tode gestürzten Ehemann beseitigt zu haben und daß er dann für einen ähnlichen Indizienbeweis wie den von Flandersbach 125000 M. bekommen habe usw. Zwischen dem Volksparteier Dr. Hecker und dem Reichsbauern Landgerichtsrat Dr. Schulz-Bromberg kam es dann noch zu einem kleinen Duell über die Frage, ob der Reichstag überhaupt das Recht habe, sich in das Wiederaufnahmeverfahren, das ja nach den Mitteilungen des preussischen Justizministers im preussischen Abgeordnetenhaus tatsächlich noch schwebt, einzumischen. Die Besprechung des Falles Hamm währte zwei Stunden, dann wurde das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt, ebenso der Rest des Etats. Der Reichstag wandte sich hierauf der Besprechung des Marineetats zu. Wie nicht anders zu erwarten, stand

heute im Vordergrund die Abrüstungsfrage, auf die schon der Referent Vizepräsident vom Zentrum anspielte und auf die auch der erste Redner, der Sozialdemokrat Rostke, einging. Herr Rostke, der allerdings auch auf Schiedungen im Verfehrungswesen, auf die so schweren Marinegerichtsstände, auf die Mißhandlung der Mannschaften usw. einging, empfahl als bestes Mittel einer Verständigung zwischen Deutschland und England ein Bündnis. Er ist sonst wohl gelitten im Reichsmarineamt und stellte sich auch heute relativ freundlich der Marine und ihrer Verwaltung gegenüber. Um so auffälliger war die Schärfe, mit der ihm dann Herr von Tirpitz entgegentrat. Nach der Versicherung des Staatssekretärs sind alle oder doch ziemlich alle Klagen unbegründet. Aber das Abrüstungsproblem schwebte sich der Staatssekretär aus. Sehr ausführlich verbreitete sich dann noch Herr Erzberger über die Unglücksfälle in der Marine und den Geist, der dort herrscht. Ein klein wenig bissig war dabei nur, daß er den Staatssekretär bat, Vorkehrungen zu treffen, daß wir keine Marinegarde bekommen.

Sitzungsbericht.

Staener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“.

§ Berlin, 19. Februar.

Am Bundesratssitzung: Staatssekretär Dr. Lisco, Ministerialdirektor Desbrück u. a.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten.

Die zweite Beratung zum

Etat des Reichsjustizamts

wird fortgesetzt. — Zur Besprechung steht zum Titel „Staatssekretär“ nur noch der

Fall der Witwe Hamm.

Abg. Dittmann (Soz.): Es handelt sich hier nicht um eine Parteifrage, sondern um eine Sache der Menschlichkeit, die uns alle gleich angeht. Von der Unschuld der unter dem Verdacht der Beihilfe der Ermordung ihres Mannes verurteilten Bauersfrau Hamm sind heute Kreise überzeugt. Einer Wiederaufnahme des Verfahrens stellen sich illudale Eingriffe entgegen, die zu beseitigen wir uns zu bemühen suchen. Die Ansicht der Berliner Polizei, die von der Eiserfelder Polizei hinzugezogen wurde, die Frau habe Mordmörder gedungen, beruht auf keinerlei Tatsachenmaterial, sondern lediglich auf der subjektiven Meinung des damaligen Kriminalkommissars v. Tressow. Die Frau wurde zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen sie bisher 6 Jahre abgesessen hat, und zwar wegen Beihilfe zum Mord. Der Mörder ist aber noch nicht gefasst, deshalb kann, zumal der Mord selber noch gar nicht festgestellt ist und es sich vielleicht um eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgang handelt, niemand wegen Beihilfe verurteilt werden. Gatten die Geschworenen getauft, welche zweifelhafte Persönlichkeit Herr v. Tressow damals schon war, so hätte man ihm kein Wort geglaubt und eine Verurteilung wäre nicht erfolgt. Jetzt betreibt Herr von Tressow ein Bureau zur Fabrikation von Scheuchern. (Hört! Hört!) Mehrere Zeugen wurden von ihm zu falschen Aussagen veranlaßt. Ein Gutachten besagt, daß es sich bei dem Tode des Hamm nicht um einen Mordmord im Schlaf, sondern um einen Kampf mit tödlichem Ausgang handelt. Alles spricht für die Unschuld der Frau Hamm. Trotz der Erklärung des Justizministers im Abgeordnetenhaus läßt es die Eiserfelder Staatsanwaltschaft an der nötigen Schnelligkeit fehlen, das angebotene Entlastungsmaterial zu prüfen. Wir sehen davon ab, einen Antrag zu stellen, hoffen aber, daß der Staatssekretär alles tun wird, das schwere Unrecht gegen die Frau wieder gutzumachen. (Beifall.)

Abg. Dr. Weisser (Zentr.): Die Rolle, die der Kriminalkommissar v. Tressow in dieser Angelegenheit gespielt hat, ist äußerst verhängnisvoll. Der Indizienbeweis ist völlig unbegründet. Hoffentlich gelingt es bald, die Frau Hamm aus dem Zuchthaus zu befreien. (Beifall.)

Abg. Dr. Gieseler (Rpt.): Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier ein Schuldig oder Unschuldig auszusprechen. Das ist gefährlich und bedenklich, aber man kann nicht allgemein erklären, wie es der Staatssekretär getan hat, daß man sich nicht an der Diskussion beteiligt. Das Wiederaufnahmeverfahren ist in diesem Falle natürlich und selbstverständlich. Beschlüsse können wir nicht fassen, haben aber das Recht und die Pflicht, auf solche Dinge scharf hinzuweisen, um zu zeigen, daß unsere Strafprozedur auf dem Gebiete des Wiederaufnahmeverfahrens der Ergänzung bedarf. (Beifall.)

Abg. Schulz-Wechsungen (Rpt.) spricht seine Bedenken dagegen aus, daß man in ein schwebendes Verfahren eingreift. Damit schließt die Debatte. — Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Von der Resolution der Nationalliberalen auf

Durchsicht des Reichsrechts

werden die Punkte Behandlung der Geisteskranken im Zivil- und Strafrecht, „Zulassung der Volksschullehrer zum Schöffen- und Geschworenendienst“, „Religiöse Erziehung der Kinder aus Mißgeburten“ und „Ausdehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit“, letzterer durch Sammelprüfung mit 126 gegen 92 Stimmen, angenommen, die übrigen Teile werden abgelehnt.

Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspartei, betreffend Änderung des Zwangsversteigerungsgesetzes (Verfügung über Miets- und Pachtzins dem Hypothekengläubiger gegenüber).

Bei dem Kapitel

„Reichsgericht“

beantwortet Abg. Dr. Jund (natl.) unter großer Unruhe im Hause einen Antrag auf Wiederherstellung des Titels „Sechs Reichsanwälte“. Die Kommission hat wiederum einen Reichsanwalt gestrichen. Die Abstimmung ergibt, daß die ganze Rechte mit den Nationalliberalen und Fortschrittlichen (Wulow-Block) für den sechsten Reichsanwalt stimmt. Das ist die Mehrheit. Der Titel ist wiederhergestellt. Lebhaftes Bravo! Große Unruhe.

Es folgt die

zweite Lesung zum Marineetat.

(Staatssekretär Großadmiral v. Tirpitz erscheint im Saal.)

Abg. Dr. Wiegner (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen der Budgetkommission und gedenkt dabei der im letzten Jahre erfolgten Marineunglücksfälle, insbesondere der bei den Luftschiffkatakstrophen verunglückten Mannschaften. Redner stellt fest, daß die Kommissionsverhandlungen ergeben hätten, daß das Verhältnis zu England günstiger geworden

sei. Wenn von englischer Seite in ähnlicher Form ein Angebot auf vertragmäßige Beschränkung der Seerüstungen kommen sollte, so sollte dieses nicht abgelehnt werden. Die gegenwärtige Staatsberatung sei aber nicht auf derartige Hoffnungen und Fiktionen aufzubauen.

Abg. Rostke (Soz.): Es kennzeichnet einen außerordentlichen Umkehrpunkt in der politischen Situation, daß der Referent von einer eventuellen Verständigung mit England sprechen konnte. Welche Kreise hegen diesen Wunsch?

Auch viele reiche Leute stellen Betrachtungen darüber an, daß Rüstungsbeiträge doch recht unangenehm wirken. Die Rüstungen nehmen aber doch ihren Fortgang. Es scheint die Zeit zu kommen, wo keine besondere Anleihe für Flottenzwecke mehr notwendig wird, wenn nicht wieder weitergebaut wird. Hinsichtlich der Vollrüstung liegt das gleiche tolle Treiben ein. Dazu kommt dann die Abwehrkräfte und eventuell Konstruktionsänderungen der Kriegsschiffe. Die Entscheidung eines Attaches nach Argentinien habe ich für verfehlt. In erster Linie wird er unserer Rüstungsindustrie zu dienen haben; Amerika gibt aber nur der Nation Aufträge, die ihm Geld pumpen. Besser wäre es, ein halbes Duzend Konsulate dort anzustellen, um eine vernünftige Handelspolitik anzubahnen. Wir könnten das argentinische Fleisch gut gebrauchen. Die Gerichtsstände in der Marine sind vielfach außerordentlich hart. Die Soldatensoldaten blüht auch in der Marine. Sie steht es mit der Vorsehung der Deckoffiziere und mit den Vordrängen? Wenn die Hafenbauten von Wilhelmshaven und Helgoland vollendet sind, muß bei der Entlassung der Hilfskräfte im Bauwesen schonend verfahren werden, namentlich den Familienmitgliedern gegenüber. Für die Vollage der Marinebeamten spricht der Umstand, daß beim Kaisergeburtstagessen die ratenweise Zahlung gestattet wurde. Kaisergeburtstagessen auf Abzahlung ist wohl noch nicht dagewesen. (Heiterkeit.) Die bei den Luftschiffunfällen umgekommenen Personen haben unsere volle Sympathie und unser Bedauern. An den zweifellos vorgekommenen Konstruktionsfehlern bei den Luftschiffen will die Marineverwaltung keine Schuld tragen. Angehörige der Zeppelinwerft schildern es anders.

Die Fürsorge der Hinterbliebenen der Luftschiffkatakstrophen in Johannisthal ist blamabel für die Marineverwaltung.

Zunächst wurden ganze 7800 M. gesammelt, worauf dann noch jemand 2000 M. stiftete. Da müssen genügend Mittel in den Etat eingestellt werden, damit ein Mann, der sein Leben aufs Spiel setzt, die Gewissheit mit ins Grab nehmen kann, daß Frau und Kinder nicht zu betteln brauchen. Welcher Art waren die Beziehungen Brandts zum Reichsmarineamt? Daß in der Organisation der Werften etwas faul ist, zeigt der Magdeburger Schmiergeldprozeß. Das Weitrücken muß zum Ruin der Werften werden; es muß deshalb eine Verständigung der Werften angebahnt werden. Statt dessen wird von einflussreichen Leuten immer gehebt. Bei dem Feierjahrs-gedanken heißt es bei jeder Nation: „Dannemann, geh du voran!“ Großen Anhang hat dieser Vorschlag jedenfalls nicht gefunden. Alles deutet darauf hin, daß eine neue Flottenvorlage zu erwarten ist. Sie würde unberechenbaren Schaden in der Welt anrichten und das gute Verhältnis mit einem Schlage vernichten.

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz: Zunächst möchte ich auf die Anregung des Referenten, der mehr süddeutsche Firmen beschäftigen will, erwidern, daß zwischen deutschen Stämmen durchaus kein Unterschied gemacht wird. Von diesem Standpunkt aus handelt das Reichsmarineamt grundsätzlich.

Die Marinelieferungen werden gleichmäßig verteilt;

Grenzen gibt es hierbei natürlich insofern, als die Schwerindustrie im Westen konzentriert ist. Wir werden aber Süddeutschland in der Weise entgegenkommen, daß Experten nach Süddeutschland geschickt werden, um in Verbindung mit Handels- und Gewerbetreibern zu treten. Vielleicht läßt sich die Sache so machen, daß Norddeutschland zwei Drittel und Süddeutschland ein Drittel der Lieferungen erhält. Der Abgeordnete Rostke hat behauptet, daß Vorgesetzte verhältnismäßig geringer bestraft würden als Gemeine. Das muß ich aber zurückweisen. Die Strafen sind für den Mann nicht härter als für den Offizier. Dann hat Herr Rostke behauptet, die Mißhandlungen hätten außerordentlich zugenommen; tatsächlich haben die Mißhandlungen aber ständig abgenommen. Der Abgeordnete Rostke hat sich ferner über die Unfälle in der Marine beschwert. Ich kann nur sagen, daß alles Mögliche getan worden ist, um solche Unfälle zu vermeiden. Was die Katakstrophen des „L. 1“ betrifft, so muß ich betonen, daß das Schiff in eine Wetterkatakstrophe hineingezogen wurde, und bezüglich der Konstruktionsfehler kann ich nur ausführen, daß diejenigen, die das Luftschiff mit neuen Vorrichtungen versehen haben, tot sind und sich nicht mehr verteidigen können.

Was die Fürsorge der Hinterbliebenen der Verunglückten betrifft,

so haben diese die höchste Kriegspension bezogen, die es gibt; die durch die freiwillige Wohltätigkeit aufgetragene Summe betrug 80 000 M. Dann bin ich gefragt worden, inwiefern die Marine beim Krupp-Prozeß beteiligt gewesen ist? Sofort nach Bekanntwerden der ersten Einzelheiten ist seitens der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet worden. Dabei ist festgestellt worden, daß in der Marine weder ein Fall des Betrags militärischer Geheimnisse, noch irgend ein Fall von Vorsehung oder Ungehörigkeit gegen einen Dienstbefehl vorgekommen ist. Das einzige ist, daß einzelne Rangleidiener Trümpel bekommen haben, aber höchstens 8 M. Im Oberpersonal sind keine Fälle bekannt geworden und wir können darauf stolz sein. Der Abgeordnete Rostke hat behauptet, wir seien beim Flottenbauprogramm gegen eine Einschränkung. Diesen Vorwurf halte ich nicht für berechtigt, aber wir dürfen nicht zugeben, daß irgend ein anderes Land ein Rüstungsmonopol bekommt. Doch wir eine gewisse Anzahl von Schiffen bauen, ist unsere Pflicht. Es ist durchaus wünschenswert, daß unser Volk die Flotte kennen lernt. Wir werden alles tun, daß das Gefühl der Reichszugehörigkeit in unserer Flotte in jeder Beziehung gewahrt wird. (Beifall.)

Der Abg. Erzberger (Zentr.) äußert sich hierauf ausführlich zum Etat.

Nach einer Erwidern des Staatssekretärs v. Tirpitz verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr pünktlich: Weiterberatung, vorher Anfragen. — Schluß 1/4 Uhr.

Annahme eines Kompromißantrages, betr. die Sonntagsruhe. w. Berlin, 19. Febr. Die Budgetkommission des Reichstags hat bezüglich der Dauer der Sonntagsarbeit in den Gemeinden unter 75 000 Einwohnern den Kompromißantrag

angenommen, der die Beschäftigungsdauer bis drei Stunden zuläßt mit der Maßgabe, daß in den Gemeinden mit 10 000 oder mehr Einwohnern die Beschäftigungsdauer ununterbrochen sein muß.

Abgeordnetenhaus.

Staener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“.

§ Berlin, 19. Februar.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Zunächst wird ein Antrag auf Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Erüger-Hagen (Sp.) entsprechend dem Kommissionsantrag abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Danzig. Dem Kommissionsantrag entsprechend wird der Gesetzentwurf unverändert angenommen.

Hierauf schließt das Haus

Die Beratung des Ministeriums des Innern

beim Titel „Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung“, und zwar mit der gestern abgebrochenen Debatte über den Antrag des Abg. Freiherrn Schenk zu Schweinsberg wegen Bekämpfung der Unsitlichkeit, fort.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Wir sind stets bereit gewesen, mitzuarbeiten an der Bekämpfung der Unsitlichkeit. Alle Arbeit ist aber vergebens, wenn, wie ein Prozeß gezeigt hat, Polizeibeamte an der kapitalistischen Ausbeutung, der schlimmsten Unsitlichkeit, teilnehmen. Wir können dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen, weil er von einer unrichtigen Auffassung ausgeht und weil wir nicht das nötige Vertrauen zu den staatlichen Instanzen haben, daß sie wirkliche erspriessliche Arbeit leisten können. Eine gesunde Sinnlichkeit hat ihre volle Existenzberechtigung. Sie ist das beste Bollwerk gegen die Unsitlichkeit. Man sollte den Schulheuten eine Organisation nicht verbieten, wie es der Polizeipräsident v. Jagow getan hat. Darin liegt eine Verletzung der Grundrechte der Verfassung. Mit seinem Einschreiten gegen die Plakate hat sich Herr v. Jagow geradezu blamiert. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Als Führer der Offiziers-Lamarilla, der Kronprinzengamarilla, wagte Herr v. Jagow, der selbst an der Spitze einer Zivilverwaltung steht, zu revolutionieren gegen die Zivilverwaltung. Ein weiteres Verbleiben des Polizeipräsidenten v. Jagow auf seinem Posten ist eine Gemeingefahr für Berlin. (Rachen rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gassel (Sp.): Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden,

daß das freie Vereins- und Versammlungsrecht wie allen Staatsbürgern, auch den Beamten gewährt werden muß.

Die Schulheute haben erklärt, daß sie nichts davon gewußt hätten, daß zur Gründung eine vorherige Genehmigung notwendig sei. Entschieden zu mißbilligen ist die Strafverfolgung des Vorsitzenden dieses Vereins; ebenso verurteilen wir die Strafverfolgung und Bestrafung des Schumannes, der in einer fortschrittlichen Versammlung Mitteilung von der Ablehnung der Genehmigung des Vereins machte. Wir beantragen daher, daß die gesetzlich zulässige Vereinigung von Beamten nicht behindert und insbesondere der Vereinigung Berliner Schumannen vom Berliner Polizeipräsidenten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen.

Minister des Innern v. Dallwitz: Das Verbot der Gründung der Vereinigung war ein dienstlicher Befehl. Mit Recht sind deshalb die Bestrafungen der Schulheute erfolgt, die nachträglich diesen dienstlichen Befehl zum Gegenstand einer öffentlichen Erörterung machten. (Sehr richtig rechts.) Es handelt sich hier um die Aufrechterhaltung der Disziplin. Eine Organisation einer militärisch organisierten Beamtenklasse würde mit der Disziplin in Widerspruch stehen. Ich will hier feststellen,

daß Herr v. Jagow durch sein Organisationstalent, durch seine Unangenehmlichkeit gegenüber äußeren Einflüssen gerade in besonderem Maße geeignet ist, den verantwortungsvollen Posten eines Polizeipräsidenten von Berlin auszufüllen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Wenn aber der Abg. Dr. Liebknecht hier unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität gegen den Polizeipräsidenten persönlich beleidigende Ausdrücke gebraucht hat, so bitte ich ihn, diese Worte ihm außerhalb des Hauses von Angesicht zu Angesicht zu wiederholen. Hier im Hause muß ich diese Beleidigungen aber mit dem Maß von Achtung behandeln, das Sie verdienen. (Lebhaftes wiederholtes Bravo! rechts.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Antrag Freiherr Schenk v. Schweinsberg, betr. die Bekämpfung der Unsitlichkeit, wird angenommen. Der Antrag der Fortschrittler, betr. die Vereinigung der Berliner Schumannen, abgelehnt.

Der Titel Einrichtung einer Druckerei beim Berliner Polizeipräsidenten, 180 195 Mark, wird zurückgezogen.

Zum Kapitel

„Polizeiverwaltung in den Provinzen“

begründet Abg. Gue (Soz.) einen Antrag seiner Partei, der mit Rücksicht auf die in dem Prozeß Sollmann in Köln gerichtliche festgestellten Mißbräuche eine Untersuchung fordert, ob und in welchem Umfang Mißbräuche bei Polizeiverwaltungen bestanden, und Mitteilungen über das Ergebnis der Untersuchung sowie über die zur Beseitigung der Mißbräuche etwa getroffenen Maßnahmen verlangt. Dieser Prozeß hat so recht gezeigt, daß die Beamten der unteren Beamten unzulänglich und daß diese deshalb auf Geschenke angewiesen seien.

In Offen hat die Polizeiverwaltung gegen eine hohe Entschädigung dem Rechnungshaus die Metallbedarfe des Steigerverbandes ausgeliefert.

Die Polizeiverwaltung hat nur durch den Einbruchsdiebstahl eines Polizeipistols sich in den Besitz der Liste sehen können. Hier muß reine Bahn geschaffen werden, um uns von dieser Plage zu befreien.

Ministerialdirektor Dr. Freund: Die Feststellungen des Kölner Prozesses bedauern auch wir. Ich muß aber erklären, daß die Regierung überall da, wo sich Mißstände gezeigt haben, energisch dagegen eingeschritten ist und auch in Zukunft so handeln wird. Wo es nötig war, sind Bestrafungen eingeleitet. Wir haben auch sofort an die Regierungspräsidenten Weisungen erteilt lassen, auf derartige Mißstände zu achten und ihnen energisch entgegenzutreten. Ich glaube, daß die Regierung des sozialdemokratischen Antrages nicht bedarf, um ihre Pflicht zu tun. (Bravo! rechts.)

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Nicht der Halbinhaber des Kasseigen am obergeschriebenen
Tagen und Wochentagen wird seine Gewähr übernehmen.

Nr. 86. • 62. Jahrgang.

— Der Deutsche Handelslag zu den Auseinanderlegungen zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Lebensversicherungsanstalten. Der Ausschuss des Deutschen Handelslags hatte sich vor kurzem mit dem Streit zu befassen, der nun schon seit längerer Zeit zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Lebensversicherungsanstalten angetragen wird, und der bereits sehr scharfe Formen angenommen hat. In den Beratungen des Ausschusses wurde von verschiedenen Seiten der Meinung Ausdruck gegeben, daß es sich für den Deutschen Handelslag nicht darum handeln könne, die Gegenstände dadurch noch zu verschärfen, daß er sich unbedingt für die eine oder andere der beiden Organisationsformen einsehe. Sie beständen nun einmal beide, und sehr mühe erreicht werden, daß sie in friedlichem Wettstreit

werb dem Interesse der Versicherten dienen. Mit einem solchen friedlichen Wettbewerb sei es aber nicht vereinbar, daß Beamte sich mit der Autorität ihrer Stellung für die öffentlich-rechtlichen Anstalten einsetzen. Der Ausschuss nahm diese Überlegung zum Anlass, den von ihm stets vertretenen Standpunkt zu betonen, daß grundsätzlich der privatwirtschaftlichen Tätigkeit nicht durch öffentliche Unternehmungen ein Wettbewerb bereitet werden solle. Er gab folgende Erklärung ab:

Der Ausschuss des Deutschen Handelsbundes spricht sich dagegen aus, daß der Staat und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften in immer weiterem Umfang eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, durch welche die private wirtschaftliche Tätigkeit geschädigt wird. Nur aus besondere Gründe es rechtfertigen, sollte eine Ausdehnung der staatlichen und kommunalen wirtschaftlichen Tätigkeit stattfinden. Diese Voraussetzung ist auf dem Gebiete der Lebensversicherung nicht gegeben. Der Ausschuss muß vielmehr die große und erfolgreiche, dem Gemeinwohl dienende Arbeit der privaten deutschen Lebensversicherungsgesellschaften anerkennen und bezweifeln, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten diese Aufgabe besser zu erfüllen imstande sein werden. Eine scharfe Beurteilung verdient es, daß Staats- und Kommunalbeamte für die von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften ins Leben gerufenen Versicherungsanstalten persönlich wirken und ihre Untergebenen anhalten und daß hierdurch der freie Wettbewerb zu Gunsten der privaten Tätigkeit beeinträchtigt wird.

* Eine Vertrauenskränkung des Breslauer Domkapitels für Kardinal Kopp veröffentlicht die „Schlesische Volkszeitung“. Dasselbe hat folgenden Wortlaut: Mit heftiger Bedauern sind wir Zeugen all der Sorgen und arbeitsamen Anstrengungen, welche die Kämpfe der Gegenwart für eine hochwürdigen Bischöfe, ganz besonders auch für Ew. Eminenz im Gefolge haben. So bin ich denn von den Mitgliedern des Domkapitels erlucht und beauftragt worden, Ew. Eminenz die teilnehmendste Versicherung unserer unwandelbaren Treue und Ergebenheit zu Füßen zu legen. Wir fühlen uns durch Ew. Eminenz in unentwegter Einigkeit verbunden mit dem ganzen Episkopat und mit dem Heilen Petri. Wir wissen uns aber auch eins mit Ew. Eminenz in der entschlossenen Ablehnung aller iener gegen hochverehrte Bischöfe und selbst gegen die Bischöfe gerichteten Verdächtigungen, die in letzter Zeit die Einigkeit unter dem katholischen Volke in tiefster Weise getrübt haben. Wir bitten den göttlichen Herrmann, daß er das Schicksal der Kirche durch Sturm und Wirbeln wieder zu Frieden und Ruhe, wie so oft schon, zum Troste der treuen Katholiken und ihrer gottgeferten Führer, der hochwürdigsten Bischöfe, anheilen lassen wolle. Möge der Herr und Bischof der Seelen Ew. Eminenz in allen Seinsuchungen mit himmlischem Troste aufrichten und stärken.

Der Deutsche Handelsbund und die Vorbereitung von Handelsverträgen. Der Ausschuss des Deutschen Handelsbundes sprach am 19. Februar dahin aus, daß zur Ermittlung der Wünsche für neue Handelsverträge jetzt die Zeit gekommen sei und diese Arbeit nach der am 18. und 19. März stattfindenden Vollversammlung in Angriff genommen werden solle. Dabei wurde an den Beschluß des Ausschusses vom 9. Oktober 1911 erinnert, in dem es als Aufgabe des Deutschen Handelsbundes bezeichnet wird, bei der Vorbereitung neuer Handelsverträge in vollem Umfang gemäß den den Handelskammern gesetzlich obliegenden Aufgaben alle einschlägigen Fragen zu behandeln, auf eine Ausgleichung oder wenigstens Milderung entgegengelegter Interessen hinzuwirken und die vorhandenen Wünsche in jeder Weise, insbesondere auch durch persönliche Verhandlungen, zu fördern.

* Die Maßnahmen der Stadt Berlin gegen die Arbeitslosigkeit. Die Stadtverordnetenversammlung von Berlin genehmigte nach kurzer Debatte einstimmig die Vorlage des Magistrats, dem Verein für innere soziale Kolonisation ein Darlehen von 100 000 M. zur Verfügung zu stellen, um den Arbeitslosen der Stadt Berlin Beschäftigung zu geben.

Parlamentarisches.

Der Zentrumsabgeordnete Geh. Justizrat Karl Friese beging gestern seinen 70. Geburtstag. Unter den Mitgliedern der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses ist er der dienstälteste. Er wurde im August des Jahres 1880 in einer Ersatzwahl für den Kreis Nees in das Abgeordnetenhaus gewählt und übt die Vertretung dieses Wahlkreises heute noch aus.

Berliner Theaterbrief.

„Peer Gynt“ im Rgl. Schauspiel.

Eine „immerhin“-Anerkennung möchte man ja dem Schauspielhaus dafür aussprechen, daß es an ein großes Werk herangegangen. Aber so recht von Herzen kommt sie nicht. Nur zu bald merkte man nämlich schon am ersten Abend — Peer Gynt wird am Gendarm-Markt in zwei Teilen gegeben —, daß der Jbren-Leg „verbessert und gereinigt“ ist. In freier Übertragung für die deutsche Bühne gestaltet von Dietrich Eckart, so drückt — „höflich Dinge hübsche Formel“ — der Theatergeißel das aus.

Die „Gestaltung“ des treuen Eckart scheint jedoch vielmehr eine Verunstaltung. Das Charakteristische, Bildhafte, das lippig-Buchende phantastischen Ausdrucks, das Stürmende, Stürzende über Stoff und Stein, das hier viel sinnlicher, bluttrauernder als sonst in der Jbrensprache drückt, wird matt geist, abgeschliffen, und das Ganze aus der leidenschaftlich gesteigerten Sphäre ergötzlicher Einbildung in eine gemäßigte Zone übertragen. So in der Art: nikotinische Zigarre, koffeinfreier Kaffee.

Vor allem fehlt aber der treue Eckart, daß den frommen Gemütern kein Argernis und kein Schaden nicht geschieht. Drum muß im Reich der Trübsal sich der Dore-Alte auf Peer Gynt: „Reicht ihr auch noch meinen Christenglauben, die böse Art, ironisch-tolerante Antwort: „Nein, nein, den wollen wir nicht rauben“, durchaus verneinen.

Auf alles „Verderbliche“ wird überhaupt scharf aufgepost, man hat dafür „einen feinen Geruch“. Erfreulicher erscheinen manche identische Stimmungen, so das Wiedersehen zwischen Peer und Solveig nach dem wüsten Tross-Traum auf der Heide im Schnee vor der Hütte. Helene Thimig leuchtete hier in der stillen starken Innigkeit ihres Mädchenseins.

Glewing legte seinen Peer allzu weich an, das Gefühlvolle war stärker als das Lappisch-Sturmstulende. In manchen Situationen fällt das den Eindruck, im ganzen verschiebt sich aber natürlich dadurch die Zeichnung dieser Menschlichkeit, überhaupt fehlt all das Kantige, Sparrige, Spleenige, es fehlt auch der Mutter Kase, die Paula Conrad, die Wiedergelehrte, Liebeswerte verlor, weich und voll Güte. Aber in dieser Mutter Peer Gynts steht doch etwas Dämonisches, Welches, ihre Liebe ist nicht hausmütterlich-sanft, sondern formidabellementar. Altmutter und ihr unabhängiges Aunæs auf Bergeshöhen —, so fühlt man dies ungeniale

Abstriche am Marinestat. Bei Beratung des Marinestats hat die Budgetkommission des Reichstags 3 102 150 M. abgesetzt.

Zur Frage der Seugen- und Sachverständigen-Gebühren beschloß gestern die Reichstagskommission, daß der Sachverständigen in normalen Fällen eine Entschädigung bis zu 3 M. für jede angefangene Stunde erhalten soll. Der Regierungsentwurf hatte nur 2 M. vorgesehen. Wenn die Leistung besonders schwierig ist, so darf der Betrag bis zu 6 M. für jede angefangene Stunde erhöht werden. Die Bestimmung, daß dem Sachverständigen der übliche Preis nur auf Verlangen zu zahlen sei, wurde gestrichen; er soll für alle Fälle gezahlt werden, in denen ein solcher besteht. Bei den Bestimmungen über die Vereinbarung der Honorarhöhe zwischen den Parteien und Sachverständigen wurde die Debatte abgebrochen.

Die Eingeborenenfürsorge in den Kolonien. Der Haushaltsausschuss des Reichstags setzte gestern die Beratung des Kolonialhaushalts fort und beriet die Fürsorge für die Eingeborenen und Arbeiter. Ein Mitglied der Fortschrittspartei betonte das Interesse aller Parteien an der Erhaltung und Hebung der Eingeborenen, aber dem Pflanzungsbetrieb allein die Schuld an der großen Sterblichkeit zuzuschreiben, wäre falsch. Hier kämen vielmehr eine Reihe von Krankheiten und auch der Alkohol in Frage. Bessere ärztliche Versorgung der Kolonien und weitere kulturelle Hebung des Landes sei nötig. Sehr anerkennenswert auf diesem Gebiete sei die Tätigkeit des früheren Gouverneurs v. Neuenberg in Ostafrika. In Kamerun habe die ungeeignete Behandlung auf die Eingeborenen schlecht gewirkt. Ein Zentrumsredner glaubte nicht an eine erfolgreiche Bekämpfung der Krankheiten, so lange beim Pflanzungsbetrieb ständiger Wechsel der Arbeiterbevölkerung stattfinde, die gefährliche Wanderungen zu den Arbeitsstätten zu machen haben. Bei den Pflanzungen müßten Dörfer für die Eingeborenen mit ihren Familien angelegt werden. Der Pflanzungsbetrieb sei möglichst zu beschränken. Die Bauern an der Goldküste schafften große Werte, und ihre Betriebsamkeit beweise, daß es auch ohne Pflanzungen gehe. Amische Betriebsinspektionen zur Überwachung der Arbeiterverhältnisse sollten eingesetzt werden. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wandte sich ebenfalls gegen den Pflanzungsbetrieb und forderte gegen die Zwangsamwerbung von Arbeitern. Ein nationalliberaler Abgeordneter wollte nicht eine Aufgabe der Pflanzungen in der Kolonialpolitik überhaupt, weil Mißstände und Angehörigkeiten vorlägen. Unsererseits sei eine große Kulturarbeit schon geleistet worden, was auch in anderen Ländern anerkannt werde, für schlechte und argusame Behandlung von Eingeborenen sollte man die Gouverneure mit verantwortlich machen. Eine vernünftige Anwerbung und Gehaltszahlung der Eingeborenen in der Nähe der Arbeitsplätze sei ein weiteres Mittel zur Besserung. Zur Bekämpfung der Krankheiten solle das möglichste geschehen.

Die Handels- und Gewerbekommission des Abgeordnetenhauses erledigte am Mittwochabend eine Reihe von Petitionen. Der Regierung zur Verächtlichung überwiesen wurde eine Petition um Herabsetzung der Gebühren für die Benutzung des Luftverkehrs über eisenbahn-fiskalischem Gelände. Die Kommission war der Meinung, daß den Hausbesitzern nicht zu hohe Gebühren dafür abgenommen werden sollen, wenn sie ihre Giebelflächen an Interessenten, insbesondere an Kellnerschilbermaier, verpachten.

Der Entwurf eines Ausgrabungsgegesetzes ist von der Kommission des Herrenhauses mit geringen Änderungen nach der Regierungsvorlage angenommen worden. Der Entwurf hat bekanntlich den Landtag bereits im vorigen Jahre beschäftigt, war vom Herrenhaus aber, namentlich auf dem Gebiete der Gelegenheitsfunde, so stark abgeändert worden, daß die Regierung auf seine Verabschiedung seinen Wert mehr legte. Die Bedenken, die das Herrenhaus damals gegen den Entwurf geäußert hatte, konnten diesmal zerstreut werden. Diese Bedenken gingen namentlich dahin, daß den Besitzern von Grundstücken durch die beabsichtigten Maßnahmen der Polizei bei der Entdeckung von Funden Schwierigkeiten gemacht werden könnten, so daß z. B. Bauten und Feldbestellungen unter diesen Anordnungen zu leiden gehabt hätten.

Verhältnis. Hier mag wohl die Regie etwas gezögert und den getreuen Charakter der Eindeutigkeit auch der Darstellung souffiert haben: in usum delphinorum et delphinarum. . . Felix Woppenberg.

Residenz-Theater.

Donnerstag, 19. Februar: Gastspiel des Operetten-Ensembles vom Stadttheater in Danau (Direktion: Adalbert Steffter): „Filmzauber“. Musikalischer Schwan in 4 Akten von Rudolf Vernauer und Rud. Schöngauer. Musik von W. Rolko und W. Gredschneider. In Szene gesetzt von Direktor Ad. Steffter. Dirigent: A. Weiskopf.

Gestern Abend erlitten in dem gut besetzten Residenz-Theater die ach! so trivialen Melodien des „Filmzauber“, die ach! so beliebt sind und ach! so viel gesungen werden! Nach diesem dreifachen Ach, das so viel ausdrücken soll über die heutige Seichtheit solcher Musikschwänke und den Geschmack des Publikums, sei aber doch anerkannt, daß die Darstellung den rechtlichen Willen hatte, das Nachwerk flott herauszubringen.

Hr. Trauner und die Herren Gietel und Wanczhi machten sich besonders um den starken Erfolg des Abends verdient. Hr. Trauner und Herr Gietel brachten die Schlager „Untern Linden, untren Vinden“ und „Kind, ich schlafe so schlecht“ mit bestem Gelingen zu Gehör. Und als das Orchester im Vorpiel des dritten Aktes diese Schlager noch einmal spielte, da ging ein Wispern durch die Reihen. Die Melodien wurden mitgesungen, leise mitgepfiffen. Es fehlte nicht mehr viel, und das Publikum hätte laut mitgesungen, wie seinerzeit bei der Aufführung von „Puppen“ im Lusttheater. Vielleicht wird das bei der nächsten Wiederholung des „Filmzauber“ geschehen.

Die Direktion hatte sich alle Mühe gegeben, den Musikschwan gut zu inszenieren und den ganzen Anlauf ins rechte Licht zu rücken. Das Publikum brüllte teilweise vor Lachen, wozu Herr Wanczhi nicht wenig durch sein humorvolles Spiel beitrug. Abgesehen waren Hr. Schöngauer und Herr Wehners auch recht gut als Nebenrollen, das sich glücklich findet und auch sie brachten den Schlager „Machen wir zusammen eine Firma auf“ zündend zu Gehör.

Der „Filmzauber“ bezauberte sogar derart, daß Hochrufe ertönten und daß neben den Hauptdarstellern Direktor Steffter auf der Bühne erschien. Sieg auf der ganzen Linie! B. v. N.

Keine Erleichterung der Fleischzufuhr in Elbsch-Lothringen. In der gestrigen Vormittagsitzung der Zweiten Kammer betonte Unterstaatssekretär Hr. v. Stein die Notwendigkeit einer strengen Durchführung des Seuchenschutzgesetzes. Nach den letzten Berichten waren in Frankreich 65 Departements und in der Schweiz 13 Kantone verseucht. Unter diesen Umständen könne er in diesem Augenblick eine Erleichterung der Grenzbeschränkung nicht in Aussicht stellen. In Elbsch-Lothringen selbst gebe der gegenwärtige Seuchenstand zu keinen Besorgnissen Anlaß. Der Minister führte weiter aus, daß man auf Grund der Ergebnisse der letzten Viehzählung behaupten dürfe, daß man dem Ziele der Landwirtschaft, den Fleischbedarf der Bevölkerung durch die eigene Viehzucht selbst zu decken, näher gekommen sei. Der Stand der Schweine habe im Lande allein um 14,6 Prozent zugenommen.

Heer und Flotte.

Der neue Gouverneur von Mex. erkrankt. Der zum Gouverneur von Mex. ernannte Generallieutenant von Lindemann ist an einer akuten Mittelohrentzündung schwer erkrankt. Er befindet sich im Exterier Krankenhaus der Barmherzigen Brüder zur operativen Behandlung.

Errichtung eines Flugstützpunktes in Stettin. Die zwischen der Militärverwaltung, dem Stettiner Magistrat und dem Luftflottenverband wegen Errichtung eines Flugstützpunktes in Stettin geführten Verhandlungen können jetzt als abgeschlossen gelten.

Das atlantische Geschwader in Brasilien. Der Präsident Hermes da Fonseca frühstückte gestern mit seinem militärischen Gefolge und dem Marineminister an Bord des deutschen Kriegsschiffes „Kaiser“.

Dost und Eisenbahn.

Die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen (Haupt- und vollspurigen Nebenbahnen) betrugen im Januar 1914 nach der vom Reichseisenbahnamt aufgestellten Übersicht: Personenverkehr 64 812 291 M., das sind pro Kilometer 1064 M., gegen das Vorjahr mehr 1 316 280 M., Güterverkehr 174 807 878 M., pro Kilometer 2797 M., gegen das Vorjahr weniger 3 969 251 M. Die Übersicht umfaßt zum erstenmal auch die Einnahmen der bayerischen Staats- und Privatbahnen.

Fernsprechverbindung zwischen Deutschland und England. Die Reichspostverwaltung beabsichtigt, eine Fernsprechverbindung zwischen Deutschland und England einzurichten, und zwar im Anschluß an das Kabel, das zwischen England und Holland gelegt werden soll. Daneben verfolgt das Reichspostamt den Plan, zwischen Deutschland und England einen eigenen Fernsprechkabel zu legen, nachdem sich herausgestellt hat, daß ein Anschluß an das deutsch-belgische Kabel wegen dessen Überlastung nicht möglich ist.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die neue ungarische Wahlkreiseinteilung. Budapest, 19. Febr. Der Wählkreiseinteilung der vereinigten Oppositionellen gegen die Stellung der Debatte durch das gegenwärtige Präsidium wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. In der fortgesetzten Sitzung wurde der Gegenentwurf über die Neueinteilung der Wahlbezirke angenommen.

Schweiz.

Das Spionagebureau in Genf. Bern, 19. Febr. Zu dem Genfer Spionagefall erzählt die Schweizerische Depeschagentur weiter: Der Hauptspion Ed war seinerzeit Kanzler des russischen Konsulats in St. Gallen, scheint sich aber in dieser Stellung unmöglich gemacht zu haben. Er wandte sich der Spionage zu und begab sich zu diesem Zweck nach der Schweiz. Eine zeitlang bezog er von einer Großmacht festes Gehalt, das ihm jeweils durch das Konsulat einer anderen mit jener befreundeten Macht ausbezahlt wurde. (Um Mißverständnissen vorzubeugen sei erwähnt, daß diese Macht, für die Ed arbeitete, keineswegs

Rus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Der heftige Feldzug, den die Konservativen und der Heilige Synod in Petersburg gegen das Stück des Großfürsten Konstantin „Der König der Juden“ führte, hat den Erfolg gehabt, daß die öffentliche Aufführung des Stückes in Russland verboten wurde. Der Heilige Synod hat das Stück für antichristlich und für die Volksmoral gefährlich erklärt. Großfürst Konstantin darf dagegen das Stück vor geladenen Gästen auf der kaiserlichen Eremitage-Bühne aufführen lassen.

Bildende Kunst und Musik. Im Königl. Konservatorium für Musik und Theater zu Dresden beginnt am 1. April das Sommer-Semester.

Der Großherzog hat der „Darmstädter Hg.“ zufolge dem Kammerfänger Professor Dr. Felix Kraus in München das Ehrenkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen verliehen.

Nach dem Lustspiel „Wem gehört Helene?“ von Oberhard Buchner hat Erich Urban ein Opernlibretto verfaßt, das Jonas Waghalter, der Komponist von „Mandragola“, vertont.

Isadora Duncan, die nach dem Tode ihrer Kinder den französischen Boden zeitweilig verlassen hatte, ist, wie dem „N. Z.“ aus Paris gemeldet wird, jetzt dorthin zurückgekehrt und wird in Bellevue bei Paris eine große Tanzschule eröffnen, die speziell für Kinder bestimmt ist. Etwa 25 Knaben und Mädchen im Alter von unter acht Jahren werden von der Schule aufgenommen werden. Die Ausbildung erfolgt unentgeltlich, und auch den Lebensunterhalt der Kleinen wird Isadora Duncan aus ihrer Tasche bestreiten.

Wissenschaft und Technik. Der Kantonsrat von Zürich genehmigte den Bau einer Zentralbibliothek, die 1,6 Millionen Franken kosten wird.

Die Stadtverordneten der Stadt Marburg haben den Geheimrat v. Wehring, Professor für Hygiene und Geschichte der Medizin an der Marburger Universität, aus Anlaß seines 60. Geburtstages zum Ehrenbürger ernannt.

Von der Karlsruher Technischen Hochschule ist dem Direktor der Bildner-Rotorenfabrik, Kommerzienrat Gölner in Wismar, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Ausbildung der Verbrennungsmotoren und für seine wertvollen literarischen Arbeiten auf diesem Gebiet die Würde Dr.-Ing. ehrenhalber verliehen.

Deutschland war, auch nicht Österreich-Ungarn.) Bald aber begann es die Spionage nach rein geschäftlichen Gesichtspunkten zu betreiben. Er bot das Material, das ihm in die Hände fiel, auch solchen Mächten an, die nicht der Gruppe jener Mächte angehörten, in deren ausschließlichen Diensten er anfänglich stand. Er lieferte also an verschiedene Staaten und spionierte auch gegen verschiedene Staaten. Die Ansicht, es habe mit dem bekannten Spion L'Arguier in Verbindung gestanden, entbehrt jeder Grundlage. L'Arguier bildete nur eine Zentrale und Vermittlungsstelle für die Weiterleitung von Spionagematerial, während es selbst militärische Geheimnisse zu erlangen suchte. Der zugleich mit es ausgewiesene Glaser ist vielleicht ein Gegenstand gewesen, der mit der Überwachung des Vertrauens war. Die Schweizerische Depesch-Agentur fügt hinzu: Es scheint, daß neutrale und zentral gelegene Staaten, wie die Schweiz und Belgien, immer mehr Stützpunkte der internationalen Spionage werden. Die Schweizerischen Behörden haben aber ein scharfes Auge auf diese Leute und schreiten jeweils ein, wenn sie den Zeitpunkt dafür für gekommen halten. So wurden allein im letzten Vierteljahr acht Spione ausgewiesen. Von diesen Ausweisungen sind nur zwei Fälle, nämlich die Fälle L'Arguier und Glaser, der Öffentlichkeit bekannt geworden, während die anderen, bei denen es sich um allein stehende Spione handelte, im Stillen erledigt wurden.

Belgien.

Das Befinden des Königs. Brüssel, 19. Febr. Ein heute abend ausgegebener Krankheitsbericht besagt: Der Gesundheitszustand des Königs ist so gut, daß die Ausgabe weiterer Berichte unnötig ist.

Frankreich.

Die Einkommensteuer. Paris, 19. Febr. (Senat.) Finanzminister Caillaux verteidigte nochmals eindringlich den Einkommensteuervorschlag und schloß mit den Worten: Die Regierung hat volles Vertrauen zu der Weisheit und der politischen Einsicht des Senats, damit ein Gedanke der Gerechtigkeit verwirklicht werden kann, von welchem die Zukunft der Republik und Frankreich abhängt. (Lebhafte Beifälle links.) Nicht erwiderte in bemerkenswerter verständlichem Tone und rief dem Finanzminister zu: „Sagen Sie nicht, alles oder nichts. Das ist keine Politik!“ Die Beratung wird am nächsten Montag fortgesetzt werden.

Die Gegenforderungen für die russischen Anleihen. Paris, 19. Febr. In einer Witterung aus Petersburg wird darüber Beschwerde geführt, daß die russische Regierung die Witterung habe, die Maschinenlieferungen für die Eisenwerke von Perm einem englischen Syndikat zu übergeben, obgleich deren Angebot ungünstiger als das der französischen Industrie sei. Es sei dies um so feltamer, als der frühere Ministerpräsident Kolozwow anlässlich der Eröffnung der russischen Eisenbahnanleihe auf 600 Millionen dem früheren Vorkäufer Delcassé ausdrücklich versprochen habe, daß die Lieferung für die Eisenwerke von Perm, welche gleich den Putilawerken Kriegsmaterial erzeugen, der französischen Industrie überlassen werden sollte.

Der Prinz zu Wied in Paris. Paris, 20. Febr. Der Prinz zu Wied verabschiedete sich gestern nachmittag 3 Uhr vom Präsidenten Poincaré und stieg nach dem englischen und russischen Botschafter, zuletzt dem Senatpräsidenten Dubot und dem Kammerpräsidenten Deschanel kurze Besuche ab. Erst um 6 Uhr abends kehrte der Prinz wieder ins Hotel zurück. Am 11 Uhr abends verließ er Paris, um nach Neuwied zurückzufahren.

Reiseführer Kongressen für Spielkasinos. Paris, 19. Febr. Die Senatskommission zur Prüfung der Frage des öffentlichen Glücksspiels hat beantragt, die den Spielkasinos bisher auf fünf Jahre erteilten Kongressionen auf die Dauer von zehn Jahren zu verlängern.

Der Schiffsverkehr in Marseille. Paris, 19. Febr. Trotz des Streiks der Maschinisten-Oberleute konnten die Postdampfer „Rafal“ und „Saghalien“ der Messageries Maritimes nach Madagaskar und Konstantinopel abgehen. Die Leitung der Messageries erklärt, daß sie, falls der Streik nicht bald beendet sein sollte, entschlossen sei, alle ihre Postdampfer abzuschießen. Der Postdienst würde in diesem Falle von ausländischen Schiffen besorgt werden.

Russland.

Der Rücktritt des Unterrichtsministers Kasso. Petersburg, 19. Febr. Der Unterrichtsminister Kasso begibt sich am 23. d. M. ins Ausland und wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Der Minister hat dem Zaren eine Erklärung bezüglich des Zusammenhangs seiner Person mit dem Eklat im Hause des Reichstagsmitglieds Denissow gegeben, wodurch er sich jedoch nicht entlasten konnte.

Der neue österreichisch-ungarische Botschafter beim Zaren. Petersburg, 19. Febr. Der Kaiser empfing heute den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szapary, der ihm sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

Vom Bakowang. Petersburg, 19. Febr. Die Finanzkommission der Reichsduma hat sich dafür ausgesprochen, den Bakowang für Auslandsreisende abzuschießen, die Passgebühren jedoch beizubehalten.

Balkanstaaten.

Serbisch-montenegrinische Mobilmachung gegen albanische Banden. Cetinje, 15. Febr. Die heute in Kraft tretende teilweise Mobilmachung umfaßt 10 000 Mann, die über die neu erworbenen Gebiete verteilt werden, wo, wie die „Alba. It.“ meldet, angeblich unter den Albanesen eine allgemeine Erhebung vorbereitet ist, welche die Wiedervereinigung mit Albanien bezweckt, sobald dort die endgültige Staatsordnung nach dem Einzug des Fürsten wirklich eingeführt wird. Die gleiche Vorrichtungsmäßigkeit wurde von Seiten Serbiens verfügt. Es wird berichtet, hier sowie in Serbien sei man sich entschlossen, kräftig gegen Albanien vorzugehen, falls die Albanesen im Soudschak in der Tat eine Erhebung versuchen sollten.

Ein mißglückter Mordversuch auf Wefir-Weis. Kalona, 20. Febr. Der zum Tode verurteilte Major Wefir-Weis hat einen Mordversuch unternommen, der durch die Wachsamkeit der holländischen Offiziere vereitelt wurde. Diese hatten erfahren, daß Wefir-Weis seinen Wächtern für den Fall des Gefangenseins eine Fluchtblase eine Botschaft von 20 000 Mark versprochen hatte. Er wurde rechtzeitig verhindert. Wefir-Weis wurde nach Stutari gebracht. Die Wächter befinden sich in Kalona in Haft.

Die erste Aushebung auf den neuen griechischen Inseln. Athen, 19. Febr. Die erste ordentliche Aushebung auf den

Inseln Chios, Mytilene, Samos und Lemnos hatte nach den Mitteilungen des Kriegsministeriums unerwartet günstige Ergebnisse. Die Zahl der Militärpflichtigen, die sich bis Ende Januar stellten, betrug etwa 10 000. Dazu lehren viele im Ausland wohnende Einwohner zur Abhebung des Militärdienstes zurück. In Samos und Lemnos werden zwei vollständige Bataillone gebildet, auf den übrigen Inseln zwei Regimenter. Vielleicht wird für die Inseln des Ägäischen Meeres eine besondere Division gebildet.

Türkei.

Die Stellung der Porte zum deutsch-französischen Abkommen. Konstantinopel, 20. Febr. Die Einzelbestimmungen des deutsch-französischen Abkommens über die Bahnanzessionen in Kleinasien waren an den amtlichen türkischen Stellen gestern nachmittag noch nicht bekannt. Jedoch kann die Ratifizierung der Abmachung durch die Türkei als sicher gelten. Nach dem Eindruck befragt, den die deutsch-französische Verständigung in Istanbul gemacht hat, erklärte ein hervorragendes Mitglied des Kabinetts: Wir haben nur einen Wunsch, daß alle Verhandlungen rasch abgeschlossen werden. Unsere Verluste werden wir später berücksichtigen.

Eine deutsch-offizielle Ablehnung der neuesten französischen Forderungen gegen die Militärmission. Berlin, 19. Febr. Gegenüber der Meldung des „Matin“ aus Konstantinopel, daß die Abreise des Oberleutnants v. Strempel nach Berlin als ein Beweis des Scheiterns der deutschen Militärmission angesehen sei (vergl. das gestrige Abendblatt unter Letzte Drahtberichte), wird der „Frankfurter Zig.“ an unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß der Oberleutnant, der im türkischen Generalstab die Stelle eines Abteilungschefs einnimmt, lediglich aus Gesundheitsrücksichten auf drei Monate nach Deutschland beurlaubt ist und dann nach der Türkei zurückkehrt.

Vereinigte Staaten.

Die Panamapause. Washington, 19. Febr. Präsident Wilson hatte heute mit einer Anzahl hervorragender Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses eine Besprechung über die Aufhebung der Klausel des Panamakanalgesetzes, durch welche amerikanische Küstenschiffe von den Kanalgebühren befreit sind. Die Teilnehmer an der Besprechung, selbst diejenigen, welche seinerzeit für die Klausel gestimmt hatten, äußerten nach der Unterredung mit dem Präsidenten, die Klausel werde vermutlich aufgehoben, da die Rücksichten der auswärtigen Politik dies verlangten.

Mexiko.

Schaffung neutraler Zonen für die Fremden. New York, 19. Febr. Huerta hat für die bevorstehenden Kämpfe der Einrichtung einer neutralen Zone bei Tampico, wohnin die Ausländer flüchtigen können, zugestimmt. General Villa erklärte in einem Telefongespräch mit dem amerikanischen General Scott, daß er mit der Schaffung einer neutralen Zone für die Fremden und andere Nichtkämpfer in Torreon einverstanden sei.

Mittelamerika.

Zwei Niederlagen der Rebellen auf Haiti. New York, 19. Febr. Nach einem Telegramm aus Kap-Haitien erlitten die Truppen des aufständischen Senators Theodore bei dem Grand River und bei Limbe zwei schwere Niederlagen. Der General der Insurgenten Paul ist gefallen. Die Insurgenten zogen sich nach Kap-Haitien zurück. Theodore will den Ort nicht aufgeben und erteilt Befestigungen.

Luftfahrt.

Zu der Neuordnung des Verkehrs auf dem Flugplatz Johannishof. Berlin, 19. Febr. Als verantwortlicher Flugleiter auf dem Flugplatz Johannishof ist jetzt vom Deutschen Luftfahrerverband Mittelmeister a. D. Graf Kalmay angestellt worden. Er hat bereits gestern nachmittag seinen Dienst aufgenommen. Die Flugplatzgesellschaft hat gegen die vom Deutschen Luftfahrerverband ihm auferlegten Zusatzbestimmungen zur Flugordnung protestiert, da diese Bestimmungen unausführbar und geeignet seien, den Flugbetrieb auf das schwerste zu gefährden, wenn nicht sogar zeitweise unmöglich zu machen.

Rettungsmethoden an zwei tapferen Flieger. Dem Oberleutnant z. S. Bertram, Kommandanten S. M. Torpedobombardier „D 4“, bisher von der Marinefliegerabteilung, wurde bekanntlich für die von ihm gelegentlich eines Überlandfluges von Döberitz nach Hennigsdorf, wobei infolge starken Windes die rechte Tragfläche des Flugzeuges davonflog, durch Klettern auf die linke Tragfläche und Ausbrennen auf ihr bis zum Ausprall, unter erheblicher Lebensgefahr bewirkte Milderung der Gefahr für den Führer des Flugzeuges, Diplomingenieur Sablatnig, für seine an demselben Tage unter erheblicher eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung des Oberleutnants vom Tode des Gefahrens die Rettungsmethode am Bande erhalten. Als das Flugzeug auf das Eis der gefrorenen Havel niederstürzte, geriet Oberleutnant Bertram unter das Eis und wäre unfehlbar verloren gewesen, wenn nicht Sablatnig ihn trotz der eigenen schweren Verletzungen und ohne Rücksicht auf die eigene Lebensgefahr herausgezogen hätte. Wäre es Sablatnig hervorgegangen Pilotenfunk nicht gelungen, die Maschine durch Wiedereinsetzen des Motors im Sturz knapp über die Dächer hinweg 2 Meter vom Ufer entfernt in die Havel zu werfen, so wären beide rettungslos verloren gewesen.

Ein Flug Petersburg-Peking? Peking, 20. Febr. Die russische Regierung hat dem französischen Aviatiker Janoir die Erlaubnis erteilt, einen Flug von Petersburg nach Peking zu unternehmen. Janoir, der mit der Organisation des russischen Militärflugwesens betraut worden ist, beabsichtigt, bei Beginn der Schneeschmelze, etwa Ende April, den Flug auszuführen. Er hofft, die Strecke von 11 000 Werst in einem Monat zurückzulegen. Er wird den Flug ohne Passagier beginnen und einen russischen Apparat von 80 PS. zu benutzen.

Ein Tadel für Bedrines. Paris, 20. Febr. Der französische Aéroklub hielt gestern eine Sitzung ab, in der über die Stellungnahme des Klubs gegenüber der herausfordernden Haltung Bedrines beraten wurde. Zwar hat man sich nicht entschließen können, Bedrines aus der Mitgliederliste zu streichen, doch hat man ihm einen offiziellen Tadel wegen seines Verhaltens in Aéro erteilt.

Herrenhaus.

§ Berlin, 19. Februar.

Am Ministertisch: v. Dalkwitz, Dr. Ebdow. Präsident v. Debel-Piesdorf eröffnete die Sitzung um 2.15 Uhr und teilt mit, daß der Kaiser die Glückwünsche zu seinem Geburtstag gnädigst entgegengenommen hat. Den Hinterbliebenen der Juche „Achenbach“ ist die Teilnahme des Hauses ausgesprochen worden. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes des Hauses Graf v. Regis wird in der üblichen Weise geehrt.

Den Verordnungen zur Bekämpfung der akuten spinalen Kinderlähmung in den Regierungsbereichen Hannover und Wiesbaden erteilt das Haus seine Zustimmung. — Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes, betr. Zuständigkeit der Gerichtsschreiber der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift. — Der Gesetzentwurf wird nach Ausführungen des Oberbürgermeisters Wilm (Posen) und eines Regierungskommissars unverändert angenommen. — Der Gesetzentwurf, betr. Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungskrankenkassen, wird ebenfalls unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung der

Novelle zum Landesverwaltungsgefes.

Berichterstatter v. Ebdow-Stolzenfeldt referiert über die Verhandlungen der Kommission.

In der allgemeinen Beratung erklärt der Minister des Innern v. Dalkwitz: Ein Gesetzentwurf wie der vorliegende ist in Resolutionen des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses verlangt worden. Dem Entwurf ist eine größere Beweglichkeit und Einseitigkeit gegeben, insbesondere ist die Vereinfachung der Verhältnisse angestrebt worden.

An der Dreiteilung der Behördenorganisationen: Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte, ist festgehalten worden.

Statt des bisherigen Kollegialsystems ist das Bureaussystem eingeführt worden. Dadurch wird eine straffere Führung der Geschäfte der Regierungspräsidenten gewährleistet. Durch die Einführung einer Kammer für Abgabefachen soll die Erledigung von Steuerfachen beschleunigt werden. Es ist eine Gebühr für Abgabefachen geschaffen worden, es wäre aber zweckmäßiger gewesen, mehrere Steuerverwaltungsbehörden zu schaffen, wie wir sie bei den indirekten Steuern bereits haben. Wir sind für die Ersetzung des Kollegialsystems durch das Bureaussystem, bedauern aber, daß durch diese Regelung die Schlichter zurückgedrängt werden. Leider hat die Kommission den Vertretern der Schulbehörden im Kreis- und Bezirksausschuß das volle Stimmrecht entzogen. Sie sollen nur beratende Stimmen haben.

v. Batsch-Frieden: Unsere preussische Verwaltung kann trotz einzelner Mängel und veralteter Bestimmungen den Vergleich mit den Verwaltungen des Auslands und der anderen Bundesstaaten aushalten. Durch Anwendung der modernen Arbeits- und Verkehrsmethoden könnten unsere Verwaltungen viel Arbeit und Zeit sparen. Wir würden es bedauern, wenn die Steuer- und Schulangelegenheiten der Einwirkung der Schulbehörde entzogen würden.

Bürgermeister Dr. Körte-Königsberg: Wir sind der Meinung, daß die Einführung einer Revisionskommission für Abgabefachen nicht zur Entlastung der Oberverwaltungsgerichte beitragen wird. Vorbedingung für die Revision der Verwaltung ist die Entlastung der Oberverwaltungsgerichte. Da die Vorlage eine solche Entlastung nicht bringt, so beantragen wir Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission. In unserem Antrag empfehlen wir die Einsetzung eines besonderen Senats für Abgabefachen.

Oberbürgermeister Dr. Scholz-Charlottenburg: Die Entlastung der Oberverwaltungsgerichte ist dringend erforderlich, aber erforderlich ist auch,

daß bei der wichtigen Frage der Steuererhebung der Nachsicht nicht verkleinert wird.

Diesem Gesichtspunkt will unser Antrag Rechnung tragen. So sehr wir anerkennen, daß der Gesetzentwurf wesentliche Verbesserungen bringt, so wenig können wir zugeben, daß er eine einseitige Erledigung der Reform der inneren Verwaltung bringt.

Oberbürgermeister Dr. Dehler-Düsseldorf spricht ebenfalls für den Antrag Körte auf Zurückverweisung.

Graf v. Behr-Beckenhoff: Ich bin nur dann für erneute Kommissionsberatung, wenn die Senate für Steuerfachen beschloffen werden sollten. Ich hoffe aber, daß Sie diese Senate ablehnen werden. Ein Bedürfnis zur Schaffung einer neuen Instanz, wie sie der Antrag Körte will, kann ich nicht anerkennen. Es ist in keiner Weise nachgewiesen, daß die Entscheidungen der Bezirksausschüsse sich nicht bewähren hätten.

Oberbürgermeister Ratting-Breslau: Unser Antrag richtet sich gegen den jetzigen Zustand.

daß die Entscheidungen des Bezirksausschusses meist endgültig sind.

Die Einführung des Vertreters des öffentlichen Interesses befestigt die Bedenken nicht. Denn von ihm allein wird es dann abhängen, ob in einer grundsätzlichen Frage nach der Oberverwaltungsgerichts entschieden. Die Bezirksausschüsse haben gewiß ihre Schuldigkeit getan, so lange das Oberverwaltungsgericht als oberste Instanz bestand. Aber sie zur letzten Instanz zu machen, dagegen haben wir Bedenken. Kostspielig würde der Senat für Abgabefachen nicht werden; denn er würde das Oberverwaltungsgericht weit mehr entlasten, als die Vorlage selbst vorsieht. Dazu kommt, daß ein Senat treten würde an Stelle von 37 Bezirksausschüssen.

Oberbürgermeister Dr. Körte-Königsberg befürwortet nochmals die Zurückverweisung an die Kommission.

Nach den weiteren Erklärungen des Landeshauptmanns Dr. v. Dierckmann-Posen und des Oberbürgermeisters Dr. Adersmann-Stettin schließt die Generaldebatte.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr; außerdem kleinere Vorlagen. — Schluß 6¼ Uhr.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Regierungspräsident Dr. v. Meißner weist seit dem 8. Februar nebst Gemahlin in Berlin, um an den stattfindenden Hofflichkeiten teilzunehmen. Sein Berliner Aufenthalt steht, wie uns berichtet wird, in keinem Zusammenhang mit einer Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.

